

# Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

## Erkämpft die Winterhilfe!

### Schleichers Finanzminister erklärt: Rüstungen sind wichtiger als Fleisch und Brot — Organisier\* einheitlichen Widerstand gegen diese Regierung!

Der Haushaltsausschuß des Reichstages über dessen Verhandlungen wir an anderer Stelle der heutigen Ausgabe berichten, hat einen Beschluß auf Durchführung einer Winterhilfe gefaßt. Diese Winterhilfsaktion soll allen Empfängern von öffentlichen Unterstützungen und Renten zugute kommen, und zwar in der Weise, daß in den Monaten Dezember bis April für jeden unterstützungsberechtigten Haushalt geliefert werden:

- 2 Kilo Brot wöchentlich
- 1/2 Kilo Fleisch wöchentlich
- 20 Zentner Kohlen insgesamt.

Diese Mengen sollen bei einem Haushalt von mehr als drei Köpfen entsprechend höher, bei Ledigen entsprechend niedriger bemessen werden.

Eine solche Winterhilfe würde natürlich die ungelohnte Not der Millionen Erwerbslosen in keiner Weise beseitigen. Aber eine gewisse Erleichterung, eine gewisse Verbesserung der Lebenslage wäre bei Durchführung dieser Aktion immerhin zu verzeichnen. Das Schlimme ist nun, daß der Beschluß des Haushaltsausschusses

keineswegs die Durchführung dieser Maßnahmen sichert!

Schon in den Ausschlußberatungen hat sich der Reichsfinanzminister geweigert, eine eindeutige Erklärung über die Stellung der Regierung zu diesem Beschluß abzugeben. Er hat nur von den hohen Kosten gesprochen und dabei für dieses Kabinett die charakteristische Bemerkung gemacht: über den kommunistischen Antrag, die notwendige Summe aus dem Wehretat zu nehmen, brauche man wohl kein Wort zu verlieren. Natürlich! Für die Herren der Regierung Schleicher sind die Rüstungen, die das imperialistische Deutschland betreibt, so wichtig und so geheiligt, daß es ihnen frevelhaft erscheint, überhaupt in Erwägung zu ziehen, auf einen Bruchteil dieser Rüstungen zugunsten der hungernden Massen zu verzichten!

Nach dem Abschluß der Ausschlußberatungen ist die Haltung der Regierungskreise offenbar noch ablehnender geworden. Während in den Ausschlußberatungen die für die Winterhilfe notwendige Summe auf 180 bis 190 Millionen Mark geschätzt wurde,

spricht die der Regierung nahestehende Presse jetzt plötzlich in absichtlicher Übertreibung von 100 bis 500 Millionen Mark. Diese Blätter und auch das meist gut unterrichtete Contingent-Nachrichten-Büro erklären, die Reichsregierung werde „außerstande“ sein, derartige Hilfsmaßnahmen durchzuführen. Die praktischen Regierungsmaßnahmen müßten

weit hinter dem Beschluß des Haushaltsausschusses zurückbleiben.

Am Mittwoch wird die Regierung Schleicher in ihrer ersten ordentlichen Kabinettsitzung die Entscheidung treffen. Die Arbeiterschaft müßte in einer Ablehnung des ohnehin so ungenügenden Ausschußbeschlusses eine Provokation erblicken. Sie muß den schärfsten Kampf aufnehmen gegen

eine Regierung, die mit zynischer Offenheit erklärt, daß ihr neue Geschütze und neue Panzerkreuzer tausendmal wichtiger seien als eine Linderung des ungeheuerlichen Massenelends. Die Arbeiterklasse muß aber zugleich erkennen, daß parlamentarische Beschlüsse gar nichts bedeuten, wenn nicht die Kraft der Massen stark genug ist, die Verwirklichung solcher Beschlüsse gegen alle Widerstände zu erzwingen.

Darum muß auch der Kampf um die Winterhilfe ein Ausgangspunkt sein für den Zusammenschluß der werktätigen Massen, der Erwerbslosen wie der noch Arbeitenden, zur Verwirklichung der proletarischen Einheitsfront.

## Arbeitsbeschaffung

### Auch bei der Schleicherregierung; Leere Reden, schöne Pläne aber — keine Taten

Noch mehr als alle bisherigen Regierungen wurde die Bildung des Schleicher-Kabinetts eingeleitet mit einer großen Reklame: Jetzt endlich kommt Arbeitsbeschaffung. Man hat sogar in der Person des durch seine Arbeitsbeschaffungspläne bekannt gewordenen Führers der Landgemeinden, Dr. Gereke, einen speziellen Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung ernannt.

Die Regierung besteht nun schon zwölf Tage und da Dr. Gereke schon vorher ein fertiges Programm für Arbeitsbeschaffung hatte, so mußte man annehmen, daß endlich wenigstens der Versuch gemacht würde, dieses Programm in die Tat umzusetzen.

Doch nichts von alledem. Trotz der Dringlichkeit dieser Fragen, trotz der katastrophalen Notlage aller Arbeitslosen ist bis heute noch nicht einmal eine Andeutung einer konkreten Regierungsmaßnahme für Arbeitsbeschaffung bekannt geworden. Man erfährt nur, daß hierüber schon scharfe Differenzen im neuen Kabinett ausgeprochen werden und daß darüber verhandelt wird, ob Dr. Gereke auch das Ressort für Siedlungsangelegenheiten und der Landwirtschaftshilfe übernehmen soll.

Weiter soll nach der „Berliner Volkszeitung“ in der obersten Regierungsbürokratie eine offene

Sabotage gegen die Arbeitsbeschaffung überhaupt

eingesetzt haben. So hätte man Dr. Gereke bis heute keine Amsräume zur Verfügung gestellt, so daß er sich auf seine Privatkosten Büroräume hätte mieten müssen.

Ueber diese ganze „Tätigkeit“ des Reichskommissars geben nachstehende Meldungen ein anschauliches Bild:

Berlin, 12. Dezember.

WTB. Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung empfing heute den Präsidenten des Reichslandbundes Grafen Kalkreuth sowie mehrere Herren des Reichslandbundes und besprach mit ihnen die Frage der Arbeitsbeschaffung im Zusammenhang mit der Lage der Landwirtschaft. Am Nachmittag waren die Vertreter aller Richtungen der Gewerkschaften bei dem Reichskommissar zu einer Aussprache über das Arbeitsbeschaffungsprogramm und die Wünsche der Gewerkschaften. Dabei wurde von allen Vertretern der verschiedenen Organisationen die Notwendigkeit der beschleunigten Durchführung eines öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms zu normalem Lohn unterstrichen.

Berlin, 12. Dezember.

CNB. Die Landvolk-Nachrichten erfahren, daß in den nächsten Tagen das Reichskommissariat für Arbeitsbeschaffung seine offizielle Tätigkeit aufnehmen werde. Reichskommissar Dr. Gereke werde einheitliche Richtlinien für eine umfassende Arbeitsbeschaffung herausgeben und in Zusammenarbeit mit den übrigen Reichsstellen für deren beschleunigte Durchführung sorgen. Siedlung und Osthilfe würden dem Arbeitsbeschaffungskommissar wahrscheinlich nicht unterstellt werden.

Für klassenbewußte Arbeiter ist das alles gewiß keine Überraschung oder Enttäuschung. In der ganzen Sabotage und in den leeren Schwätzereien statt Taten kommt nur zum Ausdruck, daß die kapitalistische Herrschaft wirkliche Arbeitsbeschaffung weder durchführen will noch kann. Daher ist alles „Vertrauen“ oder Hoffen auf das Schleicher-Kabinett dumm und schädlich.

Wirkliche Arbeitsbeschaffung und Beseitigung der Arbeitslosigkeit gibt es erst dann, wenn die Arbeiterklasse in geschlossener Front in Aktion tritt; wenn sie so, wie es von der SAP in ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgezeigt ist, die Öffnung und Fortführung der stillgelegten Betriebe, unter der Kontrolle und Führung der Arbeiter selbst, erzwingt; und wenn sie bewußt den außerparlamentarischen Kampf mit dem Ziel des Sturzes der kapitalistischen Herrschaft führt.

## Unruhe auf Schweizer Börsen

Von Hans Jacobsohn

Den Feind, den man schlagen will, muß man kennen. Borsenkurse sind das Stimmungsbarmeter der kapitalistischen Wirtschaft. Wie Seismographen die geringsten Erschütterungen der Erde registrieren, zeigt das Auf und Ab der Kurse die leisesten Erschütterungen der Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaftsweise an, spiegelt sich im Zittern des Kurszeigers Angst und Hoffnung der Bourgeoisie um die Erhaltung ihres Privateigentums an den Produktionsmitteln und ihrer Profite. Sind gute Aussichten vorhanden für ruhige, ungestörte Produktion und fette Dividenden, dann steigen die Kurse, wagt aber etwa der Riese Prolet, auf dessen gekrümmten Rücken diese Produktionsweise sich vollzieht, sich zu rühren und gegen seine Ausbeutung zu wehren, droht auch nur von fern die Gefahr, daß er sich aufrichtet, um sein Loch abzuschütteln, dann fallen die Kurse. Aber auch die inneren Krisen, die Planlosigkeit des kapitalistischen Marktmechanismus bewirkt das Schwanken der Kurswerte.

Die Schweiz galt bisher als der ruhigste und ungestörteste Winkel Europas. So betrug die Zahl der Arbeitslosen im Oktober dieses Jahres, trotz einer Steigerung auf das Doppelte gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres, doch nur 38.000. Deshalb brachten die um ihren Besitz besonders besorgten Kapitalisten ihre Gelder in der Schweiz unter, hofften sie doch, sie hier, am sichersten angelegt zu haben. Seit einigen Monaten scheint es nun auch mit diesem Eldorado der Kapitalisten bergab zu gehen und die Frankfurter Zeitung meldete: „Schweizer Börsen mißvergnügt“. Die Kurse an den Schweizer Börsen fallen. In der folgenden Tabelle sind einige Werte aufgeführt:

Banken und Trusts	Ende					Verlust l. %
	1931	31. 10.	25. 11.	10. 12.	v. 31. 10. b. 10. 12.	
Baseler Handelsbank	502	438	385	393	10%	
Schweizer Bankverein	545	540	535	544	—	
Schw. Ges. f. Elektr. Indust.	578	567	520	515	12%	
I. G. Chemie Basel	460	547	530	538	2%	
Industrieaktien						
Aluminium	1400	1620	1540	1550	4%	
Industrie	170	186	168	160	15%	
Brown Boveri	80	98	91	93	5%	
Lonza						

Insgesamt ergibt sich ein durchschnittlicher Verlust der angeführten Aktien gegenüber dem Stand vom 31. 10. um knapp 7 Prozent. Das Absinken der Kurse hat verschiedene Ursachen: Zwischen dem 31. 10. und 25. 11. liegen vor allem die Genfer Unruhen, bei denen Militär gegen die Arbeiterschaft eingesetzt werden mußte und der Generalstreik die Macht des Proletariats demonstrierte. Eine weitere Ursache kam hinzu: Die Kontrollaktion der französischen Steuerbehörden. Um der Kapitalertragsteuer zu entgehen, war es in den Kreisen der Haute-Bourgeoisie, der oberen Zehntausend üblich geworden, das bewegliche Kapital nach der Schweiz abzuschieben, und die Kupons der Aktien (für die Dividenden) durch die Schweizer Banken einzulösen.

Fünfe Schweizer Banken, darunter die Baseler Handelsbank betrieben dieses Geschäft ganz im Großen und unterhielten dazu geheime Vertreter in Paris. Es klingt wie aus einem Detektivroman: Als die Pariser Polizei bei dem Grafen De Chabrignac unerwartet in seiner nicht angemeldeten Privatwohnung zu einer Haussuchung erschien, traf sie den Grafen gerade bei der Auszahlung von Kupons-Geldern an einen Kunden. Die Polizeikommissare hielten den Grafen in seinem Büro fest, nahmen für ihn die Telefongespräche entgegen und forderten die Kunden auf, in der Wohnung vorzusprechen. Sie wurden so auf frischer Tat erlappt. Unterdessen versuchte der Graf die Telefonleitung zu durchschneiden und verschiedene Papiere, darunter eine Notiz, auf der der Name eines Genfer Bankdirektors namens Lenoire, von Lombard Odier & Co., Genf, stand, verschwinden zu lassen. Die Grenzstationen wurden telegraphisch be-

## Neuer Erfolg der SAP

In der Arbeiterwohnsitzgemeinde Kelbra am Kyffhäuser fanden am vergangenen Sonntag Wahlen zum Stadtparlament statt. Die Sozialistische Arbeiterpartei steigerte ihre Stimmenzahl von der letzten Reichstagswahl von 101 auf 266 Stimmen und erhielt 2 Mandate. Die SPD ging von 169 auf 92 Stimmen zurück und erhielt kein Mandat. Die KPD verringerte ihre Stimmenzahl von 551 auf 436 und erhielt 4 Mandate. Die bürgerliche Einheitsliste bekam mit 661 (gegen 673) Stimmen 6 Mandate.

SPD und KPD verloren also zusammen 192 Stimmen. Von diesen konnte die SAP 165 gewinnen, so daß der Verlust nahezu ausgeglichen wurde.

Insgesamt wurden gegenüber 661 bürgerlichen Stimmen 794 Arbeiterstimmen abgegeben. Wenn trotzdem das Verhältnis der Mandate 6 zu 6 ist, so liegt die Schuld hierfür bei SPD und KPD. Unsere Partei hatte die Aufstellung einer Einheitsliste der Arbeiterschaft gefordert. Dieser einzig richtige Vorschlag konnte aber nicht verwirklicht werden, weil SPD und KPD glaubten, auf die „kleine Splittergruppe“ keine Rücksicht nehmen zu brauchen. Nun hat sich die SPD als Splittergruppe entpuppt und dadurch, daß die für die SPD abgegebenen Stimmen verloren gingen, kam keine Arbeitermehrheit zustande.

Das Ergebnis dieser Stadtratswahl beweist erneut, daß das Vertrauen für die SAP trotz aller Schwierigkeiten, die unserer Arbeit entgegenstehen, in den Reihen der Arbeiterschaft wächst. Darum ist auch dieser Erfolg ein Ansporn für uns, unsere Arbeit in verstärktem Maße fortzusetzen!

# Haushaltsausschuß beschließt Winterhilfe

## Aber die Regierung verweigert eindeutige Erklärungen über die Durchführung der Beschlüsse

Berlin, 12. Dezember.

VDZ. Der Haushaltsausschuß des Reichstags trat am Montag vormittag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Torgler (Kom.) zu seiner ersten Arbeitstagung zusammen. Auf der Tagesordnung standen sämtliche dem Ausschuss überwiesenen Anträge über die Aufhebung von Notverordnungen usw. Der Ausschuss beschloß, zunächst die Winterhilfe zu beraten. Reichsfinanzminister Graf von Helldorf (Soz.) führte aus:

Die Entscheidung des Sozialpolitischen Ausschusses ist ergänzt worden durch eine Reihe von Anträgen, die eine Mehrbelastung des Reiches in Höhe von einigen 100 Millionen Mark ausmachen würde. Ohne daß ich näher auf die Einzelheiten einzugehen brauche, ist klar, daß eine solche Mehrausgabe nicht ohne Deckung geleistet werden kann. Die von den Sozialdemokraten gemachten Deckungsvorschläge sind optimistische Schätzungen, insbesondere soweit von der Beibehaltung der rückständigen Steuern des Bergbaus die Rede ist.

Ueber die kommunistische Forderung, die Mehrkosten aus dem Wehretat zu nehmen, brauche ich wohl nicht viel zu sprechen.

Der nationalsozialistische Antrag, die Schulden der Landwirtschaft in Naturalien zahlen zu lassen, ist interessant und wir haben den Gedanken in den letzten Wochen verfolgt, wenigstens die rückständigen Steuern der Landwirtschaft durch Naturalien abgelden zu lassen. Versuche dieser Art, die in Oldenburg gemacht wurden, haben aber kein befriedigendes Ergebnis gehabt. Dennoch will ich diesen Gedanken nicht rundweg ablehnen. Die Reichsregierung kennt die große Not und ist gewillt, ihr im Rahmen des finanziell Möglichen entgegenzutreten. Vor allem aber gilt es jetzt, die Gemeinden über Wasser zu halten. Hauptsache für die Reichsregierung ist, den Erwerbslosen Arbeit zu schaffen. Daher bitte er den Ausschuss, nichts Unmögliches von der Regierung zu verlangen, was sie beim besten Willen nicht erfüllen könne.

Ministerialdirektor Krohn (Reichsarbeitsministerium) erklärte, auf Grund örtlicher Verhandlungen würden für alle wichtigen Lebens- und Bedarfsmittel Preisnachlässe in verschiedenem Umfang für den in Betracht kommenden Personenkreis erzielt. Jeder Berechtigte erhält monatlich zwei Pfund verbilligtes Fleisch, Haushalte mit vier und mehr Zuschlagempfindern bekommen das doppelte Quantum. Wie diese Hilfe ergänzt werden soll, darüber will die Reichsregierung

sich schlüssig machen auf Grund der Beschlüsse der Reichstagsausschüsse. Die Reichsregierung vertraut darauf, daß ihre Maßnahmen auch durch die freie Liebestätigkeit, der Winterhilfe usw. ergänzt werden.

Abg. R. R. (Kom.) verlangte, daß neben den Naturalleistungen den Bedürftigen auch eine Bar-Beihilfe gewährt werde.

Abg. Dr. Hertz (Soz.) tritt für die sozialdemokratischen Anträge über die Hilfsaktion ein, die eine Mehrausgabe von 180 bis 190 Millionen erfordern würden. Davon sollen während des Winters den Bedürftigen

20 Zentner Kohlen und wöchentlich je 2 Kilogramm Brot und 1/2 Kilogramm Fleisch kostenlos geliefert werden.

Abg. D. Dr. Schreiber (Zentr.): Die Erklärung des Reichsfinanzministers ist rein negativ.

Aber warum hat man die Bevölkerung nicht früher über den Ernst der Finanzlage aufgeklärt und monatlich in einem unberechtigten Optimismus gemacht?

Man hat viel zu spät mit dem finanziellen Aufbau der Winterhilfe begonnen.

Winterhilfe ist nicht nur eine Finanzfrage, sondern auch eine Organisationsfrage, da Kohlen und Kartoffeln reichlich vorhanden sind.

In der Abstimmung erhielt die vom Sozialpolitischen Ausschuss vorgeschlagene Entscheidung über die Winterhilfsaktion eine etwas geänderte Fassung. Diese angenommene Entscheidung ersucht die Reichsregierung, „alsbald durchgreifende Maßnahmen zu treffen, durch die den großen Massen der notleidenden Bevölkerung eine angemessene Weihnachts- und Winterbeihilfe gewährt wird, und dabei folgende Forderungen zu verwirklichen:

1. Für den Winter 1932/33 wird für alle Arten Empfänger von öffentlichen Unterstützungen und Renten eine zusätzliche Winterhilfe geschaffen. Ihre Durchführung wird den Gemeinden übertragen.

2. Die Winterhilfe besteht in unentgeltlicher Belieferung mit solchen Naturalien (z. B. Brot, Kohlen, Kleidungsstücken), mit denen je nach den örtlichen Verhältnissen der Notlage am besten gesteuert werden kann. Sind

nicht zu einer Verminderung der Geldunterstützung führen.

2a. In den Monaten Dezember bis April sind für jeden unterstützungsberechtigten Haushalt zu liefern: 2 Kilogramm Brot wöchentlich, 20 Zentner Kohlen, 1/2 Kilogramm Fleisch wöchentlich. Diese Mengen sind bei einem Haushalt von mehr als drei Köpfen entsprechend höher, bei Ledigen entsprechend niedriger zu bemessen.

3. Die Mittel für die Durchführung der Winterhilfe, von der auch die Alleinstehenden nicht ausgeschlossen werden dürfen, stellt das Reich den Gemeinden zur Verfügung.

4. Diese Reichsmittel dürfen für andere Zwecke der Wohlfahrtspflege weder vom Reich verrechnet noch von den Gemeinden verwandt werden.

Annahme fand weiter der nationalsozialistische Antrag, den Landwirten, dem gewerblichen Mittelstand und dem Kohlenbergbau die Möglichkeit zu geben, rückständige Steuern abzugelten durch Naturalleistungen für diese Hilfsaktion.

Schließlich wurde mit Mehrheit ein vom Zentrum eingebrachte Entscheidung angenommen.

Darin wird die Reichsregierung ersucht, in einem Zweimonatsprogramm in eine praktische Winterhilfe einzutreten, die neben der Sicherung der Zahlungen für die Wohlfahrtserwerbslosen in den Gemeinden und neben der Arbeitsbeschaffung die Wintermonate durch besondere Maßnahmen zu überwinden suchen soll, und zwar

soll die Reichsregierung die von ihr vorzunehmende Arbeitsbeschaffung beschleunigen und die Sicherstellung der Gemeinden für die Leistungen der Wohlfahrtserwerbslosen gewährleisten.

Der Haushaltsausschuß wird zu seiner nächsten Sitzung am Dienstag nachmittag zusammentreten. Auf der Tagesordnung sollen Anträge stehen, die sich mit den Notverordnungen vom 14. Juni und vom 5. September beschäftigen. Der Reichsfinanzminister ist gebeten worden, vor Eintritt in die Tagesordnung der morgigen Sitzung des Haushaltsausschusses dem Ausschuss in einer besonderen Erklärung u. a. Mitteilungen über den Reichsetat für 1933 zu machen.

nachrichtlich ein Haftbefehl gegen Lenoire und seinen Sekretär erlassen und die Konten der Firma bei den französischen Banken vom Zahlungsverkehr gesperrt. In ähnlicher Weise hätte man schon früher drei Vertreter der Basler Handelsbank geschleppt und das Guthaben dieser Bank in Höhe von etwa 12 Millionen Franken beschlagnahmt. Der sozialistische Abgeordnete Albert Lenoire in der Kammer die Liste dieser Scheinflüchtigen vor, es handelte sich unter anderem um drei Senatoren, zwei Bischöfe, einen großen französischen Automobilfabrikanten und ähnliche Leute, die sonst ihren Patriotismus besonders hoch halten. Insgesamt schätzt man die Kapitalflucht auf vier Milliarden. Aus dieser Affäre ist der besonders große Schatz der Aktien der Basler Handelsbank (10 Prozent) zu erklären, im Gegensatz etwa zum Stand der Aktien des Schweizer Bankvereins.

Um das nach den sicheren Schweizer Banken geflossene Kapital — nicht nur das aus Frankreich — auf man den Fachausdruck „Fluchtkapital“ geprägt. Dieses Fluchtkapital nun schickte sich in letzter Zeit langsam an, in seine Heimat wieder zurückzukehren, schickern wand es sich aus seinen Schmelzwinkel hervor und sucht nach besseren Profitmöglichkeiten als denen der auf Kapital übersättigten Schweiz. Die Wellen, die die große Kreditkrise vom Juli vorigen Jahres gezogen hatte, bremsten sich wieder langsam zu legen. In der Schweiz hegt man getreuwartig große Befürchtungen für den Fall eines stärkeren Abflusses der ausländischen Gelder. Die Schweizer Banken unterhalten bei der Nationalbank (die unserer Reichsbank entspricht) nicht weniger als 1200 Millionen Franken als Giro-Guthaben für den Fall eines Uebergriffens der Krise auf die Schweiz durch den Abzug des Fluchtkapitals. Diese 1200 Millionen stellen ein großes Opfer der Schweizer Banken dar, werden sie doch von der Nationalbank nicht verzinst, während die Banken ihrerseits ihre Kundenkonten weiter verzinsen müssen. Ferner hat die Schweizer Nationalbank für 2600 Millionen Gold aufgespeichert, um für den Fall eines umfassenden Rückzuges des Fluchtkapitals die Währung sicher stellen zu können. Der Abzug dieses Kapitals aus der Schweiz würde in der Praxis des Geldmarktes bedeuten: Verkauf von Schweizer Franken, Kauf von fremden Devisen (ausländischen Geldsorten). Da bei steigendem Angebot von Schweizer Franken zum Verkauf und gleichbleibender Nachfrage nach diesen der Preis des Schweizer Franken, gemessen in anderen Währungen, dann fallen würde — wie der Preis jeder Ware — so muß die Nationalbank gerüstet sein, das überschüssige Angebot durch Verkauf von Gold oder Devisen zu befriedigen und so die Gefahr der Inflation zu bannen. Dadurch würde aber auch in der Schweiz jene Geldknappheit einsetzen, die das äußere Zeichen der Wirtschaftskrise in anderen Ländern war oder — wenn die Währung nicht gehalten werden kann, — würde die Schweiz in eine Inflation geraten ähnlich wie jetzt England.

Die Schweiz, Holland und Frankreich waren bisher von der Wirtschaftskrise relativ wenig betroffen worden, das hatte seinen Grund zu einem großen Teil in dem fast sprichwörtlich gewordenen Kapitalreichtum dieser Länder. Er war hervorgerufen worden einmal durch das ausländische Fluchtkapital und zum anderen durch das Zurückziehen der eigenen Gelder aus dem unsicheren Ausland innerhalb des letzten Jahres zog die Schweiz allein 1500 Millionen aus dem Ausland zurück.

Die Schleicher-Regierung wird höchstwahrscheinlich von größerer Dauer sein als die Papen-Regierung. Hitler und Weis werden sie offen oder verdeckt tolerieren, denn es toleriert heute jeder, der diesem System nicht grundsätzlich und radikal den Kampf ansagt. Für einige Zeit, nämlich solange als sich die proletarische, revolutionäre Kampffront nicht gebildet hat und zu einem Faktor geworden ist, der das kapitalistische System ernstlich bedroht, wird das Vertrauen des internationalen Finanzkapitals zu Deutschland wieder wachsen. Das Fluchtkapital wird zurückkehren. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland wird dadurch kaum in wesentlichem Maße abnehmen, denn diese Krise ist eine strukturelle Krise des Kapitalismus. Aber etwas anderes wird einfließen: Die bis jetzt einigermaßen von der Krise verschonten Länder, wie zum Beispiel die Schweiz, Holland und Frankreich, diese letzten Inseln in dem allgemeinen kapitalistischen Chaos, werden durch den Abzug des Fluchtkapitals unbarmherzig hineingezogen in die allgemeine Weltwirtschaftskrise und die Zeiten, wo die Kapitalisten sich, wenn es brechlich wurde, mit ihrem Geld ins Ausland retten konnten, werden vorbei sein. Lieber die ganze kapitalistische Welt wird sich ausbreiten der Kampf des internationalen Proletariats gegen den Weltkapitalismus. In allen Ländern wird die ökonomische Entwicklung dem Proletariat die Frage stellen: Zurück in die Barbarei oder vorwärts zum Sozialismus. Für den Reformismus wird nirgends mehr Platz sein.

## China und die Sowjetunion

Genf, 12. Dezember.

WTB. Durch einen heute bewirkten Notenaustausch zwischen Litwinow und dem chinesischen Delegierten Dr. Yen sind die normalen diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und China wieder hergestellt worden. Diese Maßnahmen entspringen, wie in den Noten erklärt wird, dem Wunsche beider Regierungen, im Interesse des Friedens die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu fördern.

Kairo, 12. Dezember.

Auf den englischen Oberkommissar in Ägypten wurde ein Bombenanschlag verübt, der jedoch ohne ernste Folgen blieb.

## Nazi-Umtriebe in der sächsischen Polizei

Die Nazis versuchen in der letzten Zeit, durch intensive Propagandearbeit in der sächsischen Polizei noch mehr als bisher festen Fuß zu fassen. Der Sächsische Landtag hat durch einen besonderen Untersuchungsausschuß in die Naziverhältnisse bereits hineingeleuchtet, doch offenbar ohne größeren Erfolg.

In Leipzig hat beispielsweise eine besondere Nazi-Polizei-Versammlung stattgefunden. In rund 800 Einladungen an Polizeibeamte wurde aufgefordert, in dieser Naziversammlung zu erscheinen. Es hatten sich etwa 80 Personen eingefunden, davon waren zirka 50 Polizeibeamte und -angestellte, der Rest SA-Leute und sonstige Angehörige der NSDAP. Besonders bemerkenswert war jedoch, daß sich darunter 5 Polizeioffiziere befanden.

Der Referent des Abends war Polizeihauptmann Schmidt aus Chemnitz. Er ist vorläufig seines Dienstes enthoben, weil er den Landtag vor versammelter Mannschaft als eine Schwatzbude bezeichnet hatte und andere beleidigende Äußerungen über Staatsorgane machte. Gegen ihn schwebt ein Disziplinarverfahren auf Dienstentlassung. Als zweiter Referent trat ein Wacht-

meister Seifert aus Chemnitz auf. Er wies in seinen Ausführungen auf die Nazi-polizeifachschaft in Chemnitz hin, die nach seinen Äußerungen 360 Mann stark sein soll. Sie sei in eine Anzahl Abteilungen gegliedert, darunter befindet sich auch ein „Polizeisturm“.

In der Diskussion trat ein Wachtmeister der Nazi-Propaganda entgegen und appellierte an den geleisteten Dienst. Er fand jedoch keinen Beifall. Die Anhänger der NSDAP sangen mit erhobener Hand das Horst-Wessel-Lied mit dem Refrain: „Die Straße frei den braunen Bataillonen.“ Nach Schluß der Versammlung kam es zu Zusammenstößen mit Reichsbannerleuten.

Das Ganze ist ein Beweis mehr für die fortschreitende Faschisierung des Staatsapparates und für den völligen Bankrott der reformistischen Politik, die sich jahrelang bemühte, die „Verwaltung zu demokratisieren“. Will die Arbeiterklasse sich den unvermeidlichen Machtausinandersetzungen gewappnet gegenüber stellen, so ist Voraussetzung eine klare revolutionäre marxistische Politik mit dem Ziel der Auslösung der organisierten außerparlamentarischen Aktion der Klasse. hegl.

## „Rechts“-Sprechung

### Das Urteil im Osteroder Bombenlegerprozeß

Osterode (Ostpr.), 12. Dezember.

WTB. Im Osteroder Bombenlegerprozeß gegen 14 Nationalsozialisten wurde heute abend das Urteil gefällt. Das Gericht sprach die Angeklagten Juschka, Kemski, Junga und Arguth frei und verurteilte Hans Glitz wegen groben Unflugs und Diebstahls zu zwei Jahren und sechs Wochen Gefängnis, Emil Goerke wegen derselben Vergehen sowie wegen Meineids zu insgesamt zwei Jahren und vier Monaten Gefängnis und sechs Wochen Haft, Alfred Schledz zu zwei Jahren Gefängnis und sechs Wo-

chen Haft, Bernhard Schwan ebenfalls zu zwei Jahren Gefängnis und sechs Wochen Haft, und eine Reihe weiterer Angeklagter zu geringeren Gefängnisstrafen.

Die Angeklagten hatten bekanntlich in der Nacht zum 9. August vor dem jüdischen Kaufhaus Lonsky eine aus einem Denkmal auf dem Ehrenfriedhof Dröbnitz herausgebrochene und mit Pulver gefüllte Granate niedergelegt. Nur durch das zufällige Vorbeikommen eines Kellners waren die Täter verschont worden, so daß die Explosion nicht erfolgte. Die Angeklagten hatten den Standpunkt vertreten, daß sie dem jüdischen Inhaber des Kaufhauses lediglich durch den Knall einen Schreck hätten einjagen wollen.

Das Urteil ist ein einziger Skandal. Während selbst der Staatsanwalt das Vorgehen der Angeklagten als Achtenat bezeichnet und hohe Zuchthausstrafen beantragte, ging das Gericht weit unter die Anträge des Staatsanwalts. Umgekehrt ist es nahezu in der Regel bei Kommunistenprozessen. Da überbietet das Gericht die an sich schon hohen Anträge der Staatsanwaltschaft. In diesem Prozeß wie in vielen andern gegen Nationalsozialisten wurde bewiesen, daß die Attentate keineswegs „spontane Akte“ von „empörten Volksgenossen“ waren, sondern

von einer zentralen Stelle der NSDAP aus dirigiert

wurden. Trotz allem wird die Nazibewegung in dieser Republik noch immer als Legalitätspartei betrachtet, während legale kommunistische Veranstaltungen mit allen Polizeischikanen verboten werden.

## „Volkswacht“-Sudeleien

„Seydewitz erklärt den Bankrott der SAP.“ So überschreibt die gestrige „Volkswacht“ ihr neuestes spaltenlanges Geistesprodukt gegen die SAP. Diese „Sekte“ ist einmal wieder — wie oft schon? — tot. Angeblich hat ihr Führer, Genosse Seydewitz, selbst ihren Bankrott erklärt. Aber auch der eifrigste Volkswachtleser wird in der langen Sudelei vergeblich nach dem Beweis dieser Behauptung gesucht haben.

Daß die „Volkswacht“ zu den in der SAP vorhandenen Auseinandersetzungen Stellung nimmt, wird ihr gewiß keiner unserer Genossen verdenken. Aber wie stets, so kann das auch jetzt die „Volkswacht“ nur in Form von Schwindeleien und Zitatenfälschung.

Dann werden einzelne Sätze aus den im Mitteilungsblatt veröffentlichten Dokumenten gerissen, dazu die von der Volkswachtredaktion fabrizierten Lügen und Verleumdungen geschrieben. Und das Ganze wird dann aufgemacht unter der Zwischenüberschrift: „Max Seydewitz schreibt wörtlich“ (II).

So, mit dieser faustdicken Schwindelei, kommt dann die „Volkswacht“ zu ihrer Behauptung. Sie beweist damit nur, daß sie zu einer wahrheitsgemäßen, sachlichen Stellungnahme unfähig ist und daß es ihr geht wie gewissen Tieren, die sich nur wohl fühlen, wenn sie im selbstgeschaffenen Dreck wühlen können.

Lassen wir diesen Lebewesen ihr Vergnügen. Unsere Genossen werden sich dadurch nicht stören lassen, vorhandene Streitfragen mit aller Schärfe in Klarheit, aber streng sachlich auszutragen, weil nur so eine revolutionäre Partei sich erhalten und entwickeln kann.

# Terrorakte auf höheren Befehl

## Ein aufsehenerregender Prozeß vor dem Görlitzer Sondergericht — „Befehl zur Begehung der Terrorakte von einer Zentralstelle ausgegeben“ — Aus der Werkstatt der Provokateure — Ablenkungsattentate auf eigene Pg's.

Görlitz, 12. Dezember.

Vor dem Görlitzer Sondergericht begann heute ein Prozeß gegen sieben Angehörige der SA und NSDAP, die des Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz angeklagt sind. Die Angeklagten, von denen sich vier in Untersuchungshaft befinden, sind in Görlitz, Penzig, Karlsdorf und Sohra wohnhaft. Für die Verhandlung sind zwei Tage in Aussicht genommen und 16 Zeugen sowie drei Sachverständige geladen.

Bei den zur Verhandlung stehenden Fällen handelt es sich um die Terrorakte, die im Landgerichtsbezirk Görlitz in der Nacht zum 9. und 10. August in 17 Ortschaften ausgeführt wurden, wo über dreißig Anschläge stattfanden. Die Gleichzeitigkeit der Ausführungen lasse, so heißt es in dem Untersuchungsbericht, mit Sicherheit darauf schließen.

### daß der Befehl zur Begehung der Terrorakte von einer Zentralstelle ausgegeben worden

Allein im Bereich des Sturmbannes III der Standarte 19, Sitz Görlitz, wurden in der Nacht zum 10. August in zwölf Ortschaften fünfundsiebenzig Terrorakte verübt. Im Zusammenhang hiermit wurden etwa vierzig Verhaftungen vorgenommen. Zweck der Anschläge, die sich vorwiegend gegen Häuser der Konsumvereine und gegen politische Gegner aus den Reihen der SPD richteten, soll gewesen sein, einen Druck auf die Regierung auszuüben, damit ein schneller Regierungswechsel im Sinne der NSDAP erfolge.

Bei Eröffnung der Verhandlung gab Landgerichtsdirektor Dr. Kästner zunächst allgemeine Erläuterungen zur Amnestie ab, von der die jetzt zur Verhandlung stehenden Sprengstoffverbrechen unberührt bleiben.

Als erster Angeklagter wurde der technische Angestellte Herbert Pätzold aus Penzig vernommen, der der Standarte 19 angehört.

Pätzold erklärte, daß am 9. August im Oberlausitzer Hitler-Haus zu Görlitz eine Besprechung stattgefunden hätte, in der den einzelnen Sturmbannführern der Auftrag erteilt wurde, den von der Gegenseite geplanten Generalstreik durch „negative Demonstrationen“ am Ausbruch zu verhindern. Die zu ergreifenden Maßnahmen seien jedem Sturmführer selbst überlassen worden. Den Auftrag zu den „Demonstrationen“ in Penzig habe er von dem Penziger Sturmbannführer Fischer erhalten. Daß Eierhandgranaten für die Anschläge vor dem Penziger Gewerkschaftsbüro

verwendet werden sollten, habe Fischer nicht befohlen.

Der Penziger Sturmbannführer Eugen Fischer gab zu, daß die Anschläge in der damals politisch sehr gespannten Lage einen Druck auf die Regierung ausüben sollten. Als die geeignetsten Objekte habe man das Gewerkschaftsbüro und die Wohnung des Penziger Reichsbannerführers angesehen. Der Scharführer Gärtner Helmut Engmann-Sohra fuhr im Auftrage des SA-Mannes Herbert Pätzold an dem fraglichen Abend mit einem Motorrad von Langenau nach Penzig. Dort warf er verabredungsgemäß vor dem Gasthaus „Zur Eisenbahn“, in dem sich das Gewerkschaftsbüro befindet, eine Handgranate auf den Boden, die aber nicht explodierte. Nach seinen Angaben sollte die Granate in Wirklichkeit auch nicht explodieren. Anschließend begab er sich vor das Haus des Reichsbannerführers Altmann und warf dort eine Handgranate durch das Fenster in die Wohnung, wo durch die Explosion erheblicher Sachschaden angerichtet wurde.

Hier wollte Engmann lediglich „erschreckte Gesichter“ sehen.

# Ungeheuerliches Terrorurteil

## Antifaschist zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt

Waldenburg, 12. Dezember.

Der Maurer Hermann Seidel aus Weißstein wurde von der Großen Strafkammer Waldenburg wegen „Aufruhrs“, „versuchter Gefangenenerleichterung“ und „Widerstandes gegen die Staatsgewalt“ auf Grund der Terrornotverordnung zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der Vorsitzende legte dem Verurteilten nahe, ein Gnadengesuch einzureichen.

Am 18. Oktober d. J. sollte in Niederhermsdorf die Wohnung des Invaliden Knoblauch zwangsweise geräumt werden. Vor dem Hause hatten sich 200 bis 300 Personen angesammelt, die zum größten Teil dem Antifaschistischen Kampfbund angehörten. Sie versuchten die Räumung zu verhindern. Die Menge nahm eine drohende Haltung ein, schiffte schließlich die Pferde des Möbelwagens aus und bewarf das inzwischen aus Waldenburg eingetroffene Ueberfallkommando mit Steinen. Unter der Menge befand sich auch Seidel. Er hatte, als ein Unbekannter,

Um aber keinen Verdacht gegen Nationalsozialisten als Täter aufkommen zu lassen, sollte er noch auf einen eigenen Parteigenossen ein „Attentat“ verüben.

Infolge der furchtbaren Detonation will er dazu jedoch keinen Mut mehr gehabt haben. Er begab sich wieder nach Sohra, wo er vor dem Verkehrslokal der Nationalsozialisten

zum Zweck der Ablenkung mehrere Revolvergeschüsse in die Luft abfeuerte.

Der Gutssinspektor Heinrich Paeschke aus Karlsdorf will Engmann die Eierhandgranate, die sich seit 1920 in seinem Besitz befand, zu dessen persönlichem Schutz gegeben haben. Der mitangeklagte Landwirt Robert Kühn aus Sohra will Engmann seinen Revolver nur gegeben haben, weil dieser ihn für seinen persönlichen Schutz verlangte.

Der letzte Angeklagte, der Melker Kurt Kejschnik aus Sohra will nachts vor dem Hause des mitangeklagten Engmann mehrere Revolvergeschüsse abgegeben haben mit der Absicht, dadurch die Entlassung des Gärtners Engmann aus seiner Arbeitsstelle zu erreichen, weil dieser sich ganz der Nationalsozialistischen Partei widmen wollte.

da die Pferde vom Möbelwagen losgeschirrt hatte, verhaftet wurde, den einschreitenden Polizeibeamten bedrängt

Weil er sich unter der Menge befand, die verhindern wollte, daß man einen dem Elend preisgegebenen Proleten mit nichts für nichts auf die Straße setzt oder ihn in irgendeiner anderen menschenunwürdigen Behausung steckt, hat er sich drei der „Kardinalverbrechen“, die man gegen den bürgerlichen Klassenstaat begehen kann, zuschulden kommen lassen: „Aufruhr“, „versuchte Gefangenenerleichterung“ und „Widerstand gegen die Staatsgewalt“. Nachgewiesen konnte ihm nur werden, daß er einen „einschreitenden Polizeibeamten bedrängt“ habe.

Aber die Terrornotverordnung ist da, und sie muß angewendet werden, angewendet gegen die Proleten! Diese Verurteilung eines Arbeiters reiht sich „würdig“ an die endlose Serie der Urteile der Klassenjustiz. Es ist an der Zeit, daß die Arbeiterschaft in geschlossener Front die Aufhebung der Terrornotverordnung und aller Sondergerichte fordert. Es ist Zeit, daß diese Paragraphen fallen!

# Die Arbeitsmarktlage in Schlesien

Die Zeit vom 16. bis 30. November 1932 brachte eine weitere, gegenüber der ersten Novemberhälfte verstärkte Belastung des Arbeitsmarktes, die ganz überwiegend auf Zugänge Arbeitsuchender aus den Außenberufen zurückzuführen ist.

Die Gesamtzahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitsuchenden ist von 398.833 auf 412.125 (291.375 in Nieders., 117.750 in Oberschlesien), die Zahl der arbeitslosen Arbeitsuchenden von 369.131 auf 395.503 (285.726 in Nieders., 109.777 in Oberschlesien) gestiegen.

Eine Zunahme also von 23.392. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Notstands- und Hilfsarbeiter lediglich in der Zahl der Arbeitsuchenden, nicht aber auch in der der Arbeitsdienst Beschäftigten, ihre Zahl betrug Ende November in Schlesien rund 18.300 — sind in beiden Zahlen nicht enthalten.

Die Zahl der wegen Arbeitslosigkeit Unterstützten betrug Ende November 289.309, wovon 165.381 (124.386 in Nieders., 40.995 in Oberschlesien) oder rund 57 Prozent auf Wohlfahrtsverwerbslose, 52.128 (38.602 in Nieders., 13.526 in Oberschlesien) auf Arbeitslosenunterstützte und 71.800 (52.884 in Nieders., 18.916 in Oberschlesien) auf Krisenunterstützte entfallen.

Die Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen hat sich im Laufe des November um 12.854, die Zahl der Arbeitslosen- und Krisenunterstützten zusammen um 12.924, und zwar bei den Arbeitslosenunterstützten um 9.256, die Zahl der Krisenunterstützten um 3.668 erhöht.

Die Zahl der am 30. November bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitsuchenden liegt um 28751 über der entsprechenden Vorjahreszahl.

# Oberschlesien nicht mehr der erste Kohlenlieferant von Berlin

Oppeln, 8. Dezember.

Die seit vier Monaten anhaltende Wassernot der Oder wirkt sich vornehmlich in Berlin Kohlenverbrauch zu Ungunsten Oberschlesiens aus, das bisher in der Belieferung Groß-Berlins seit vielen Jahrzehnten die Führung hatte und im zweiten Halbjahr 1932 erstmalig an die zweite Stelle gedrängt worden ist.

# Anträge an die Kasse der Betriebswerke

Die Städtische Betriebsdeputation schreibt uns:

Bisher sind außer bei der Kasse der Städtischen Betriebswerke die Anzeigen auf Öffnung, Schließung und Ueberschreibung von Gas- und Wassermessern bei den Städtischen Rohrnetzbetrieben und auf Ein- und Ausschaltung sowie Ueberschreibung von Stromverbrauchszählern bei den Städtischen Elektrizitätswerken entgegen genommen worden. Dadurch haben sich sowohl für die Städtischen Betriebswerke als auch für die Entnehmer, insbesondere zu den vierteljährlichen Umzugszeiten, gewisse Unbequemlichkeiten ergeben. Zur Vereinfachung des Geschäftsverkehrs und um eine reibungslose Erledigung der Anträge zu gewährleisten, haben wir bei der Kasse der Städtischen Betriebswerke eine Stelle eingerichtet, die künftig allein diese Anträge entgegen nimmt. Die Entnehmer wollen daher künftig alle oben genannten Anträge bei der Kasse der Städtischen Betriebswerke, Bücherplatz 16, schriftlich und nur in dringenden Fällen mündlich oder fernmündlich (52.501, dann Stewag 3186) stellen.

# Die Radaubröder machen weiter

Die Pressestelle der Universität teilt mit: „Am Montag, den 12. Dezember, bald nach 11 Uhr sammelte sich wieder eine Gruppe Studierender, zum Teil in Couleur auf dem Korridor des ersten Stockes der Universität, fing an zu singen und „Cohn heraus“ zu schreien. Als sich die Unruhestifter auf Anordnung des Rektors nicht entfernten, wurden ihnen die Karten mit Hilfe der Polizei abgenommen. Der Unterricht wurde nur in der Zeit von 1 bis 12 Uhr gestört.“

# Organisatorisches!

Genosse Alfred Beck wurde aus dem SJV-Breslau ausgeschlossen. Wir bitten unsere Genossen, dies zur Kenntnis zu nehmen.



# Jan Kiepura im Proleten

Der bekannte Tenor von der Mailänder Scala Jan Kiepura singt in dem Tonfilm „Das Lied einer Nacht“, welcher gegenwärtig im Proleten gezeigt wird. Wenn auch die Handlung viel Reichtum enthält, so ist es allein wegen einer Reihe schöner Bilder und der unvergleichlichen Stimme Kiepuras empfehlenswert, sich diesen Film anzusehen. Dazu wird noch ein Seemannsfilm gegeben, der ebenfalls einige gute Szenen aufweist.

# Ja, ja die „Volkswacht“

## Sie macht in Radikalismus — Etwas zur Zentralarbeiterbibliothek und Volksbücherei

Ueber die grundsätzliche Stellung zum bürgerlichen Bildungswesen kann für Marxisten kein Zweifel bestehen. Es war nicht zum erstenmal, daß sich die „SAZ“ mit dieser Frage auseinandersetzte, als am 16. November der Artikel „Bücherei und Proletariat“ erschien.

Die Aufgabe dieses Artikels war, im besonderen, auf das Vorhandensein marxistischer Literatur in den Volksbüchereien hinzuweisen, während wir unsere grundsätzliche Stellungnahme bei Gelegenheit des 60jährigen Bestehens der Breslauer Volksbüchereien zum Ausdruck gebracht hatten.

In jenem Artikel vom 16. November war auch von der „Zentral-Arbeiter-Bibliothek“ die Rede. Wir stellen fest, daß in den Beständen dieser Bibliothek die wichtigsten Werke des Kommunismus nicht zu finden seien. Daraufhin hat sich die „Volkswacht“ nicht nur der undankbaren Aufgabe der Verteidigung der Mißstände in der Zentral-Arbeiter-Bibliothek unterzogen, sondern ist auch ihrerseits zu „tollkühnem“ Angriff vorgegangen. Sie unterschiebt nämlich der „SAZ“ die Absicht, die Volksbücherei, die doch eine bürgerliche Einrichtung sei, zu verteidigen und für ihre ausschließliche Benutzung zu werben. Davon steht allerdings kein Wort in dem angegriffenen Artikel. Dieser unserer vermeintlichen unproletarischen Haltung gegenüber versucht die „Volkswacht“ ganz besonders „revolutionär“ zu erscheinen. So heißt es in diesem Artikel: „Wir sind jedenfalls seit Jahrzehnten der Ansicht, daß die Arbeiterbibliotheken ein wichtiger Teil der proletarischen Bildungsarbeit sind und niemals ersetzt werden können durch die bürgerlichen Volksbibliotheken“. Seit Jahrzehnten hat sich die „Volkswacht“ offensichtlich nicht gerade auf diesem Standpunkt befunden, den wir tatsächlich von jeher vertreten haben. Noch am 30. Juni dieses Jahres hat die „Volkswacht“ die Breslauer Volksbibliotheken als

„ein Stück Breslauer Kulturleben, das sich von primitiven Anfängen zu höchster Blüte entfaltet hat“

gepriesen und von der „zusehenden Verjüngung“ dieser Einrichtung geschrieben.

Am 30. Juni hatte die „Volkswacht“ nur anerkennende Worte für die bürgerliche

Volksbücherei, aber am 24. November ist sie so radikal geworden, daß sie überhaupt gegen jede Benutzung der Volksbüchereien ist.

Ab-r gerade unter dem Einfluß der Sozialdemokratie ist in den letzten 15 Jahren manche ansehnliche Arbeiterbibliothek städtischen Behörden freiwillig als Volksbücherei übergeben worden. Es mutet merkwürdig an, daß jetzt auf einmal eine sozialdemokratische Zeitung so ganz und gar vorbehaltlos für eine Arbeiter-Bibliothek eintritt.

Wir halten es für einen erstrebenswerten Zustand, wenn die Arbeiterschaft eine eigene, den besonderen Bedürfnissen ihres Kampfes entsprechende Bibliothek besitzt. In einer solchen Bibliothek müssen aber einmal die grundlegenden und entscheidenden Werke aus Praxis und Theorie der Arbeiterbewegung zu finden sein. Zum anderen müssen alle die Werke vorhanden sein, die wegen ihres Umfangs und Preises für den einzelnen unerschwinglich sind. Eine solche Bibliothek muß der Klasse dienen nicht allein den Interessen der SPD und der reformistischen Bürokraten. An diesem Punkte aber zeigt sich der große eben nicht nur in finanziellen Verhältnissen begründete Mangel der Zentral-Arbeiter-Bibliothek. Gewiß sind auch Schriften von Marx und Engels in größerer Zahl vorhanden, gewiß sind vier kleine Bändchen Lenin da, aber warum fehlt die deutsche Gesamtausgabe von Lenins Werken, warum die große Ausgabe der gesammelten Werke von Karl Marx? Es ist doch merkwürdig, daß verschiedene Schriften von Rosa Luxemburg vorhanden sind, daß aber nicht nur der große Band fehlt, sondern auch die für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung außerordentlich wichtige Schrift „Die Krise der Sozialdemokratie“. So fällt unter anderem auch auf, daß offenbar das große Einheitswerk über die deutsche und russische Revolution, „Die illustrierte Geschichte der deutschen Revolution“ und die „Geschichte des Bürgerkrieges und der Revolution in Rußland“ nicht vorhanden sind. Genau so erstaunlich ist es, daß kein Band der 22 Bände umfassenden marxistischen

Bibliothek, daß keines der 30 Elementarbücher des Kommunismus im Katalog aufgeführt ist.

Die Liste der nicht vorhandenen wichtigen marxistischen Bücher ließe sich beliebig vervollständigen, es ließe sich nachweisen, daß nicht nur verständlicherweise große Lücken in den Beständen klaffen, sondern daß tatsächlich mit Bedacht eine große Anzahl Werke, die in jedem Wort eine Anklage gegen die Sozialdemokratie enthalten, systematisch ferngehalten worden sind.

Die Volksbüchereien sind Einrichtungen des Bürgertums, sie stehen nicht auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes. Tausende und aber Tausende Proletariat benutzen diese Bibliotheken ständig. Sie haben in der jahrelangen Agitation der Sozialdemokratie gelernt, daß an die Stelle des „veralteten Klassenkampfes“ die „Volksgemeinschaft“ getreten ist, daß die Bourgeoisie nur das Beste der Proletariat wolle, da können sie gar nicht darauf kommen, daß sie durch die Bibliotheken ideologisch beeinflusst werden sollen, sie lassen sich zustecken, was der Bibliothekar vorschlägt. Weil wir wissen, daß die Mehrzahl der Breslauer Arbeiter in den Volksbüchereien und nicht in der Zentral-Arbeiter-Bibliothek liest, halten wir es für notwendig, immer wieder mit der größten Beharrlichkeit darauf hinzuweisen, daß es ganz in der Hand des Lesers liegt, ob er marxistische oder bürgerliche Schriften zu lesen bekommt.

Kein Wort der Kritik an die Zentral-Arbeiter-Bibliothek, kein Wort der Aufklärung über den Charakter der Bildungseinrichtungen des Klassenstaates hat die „Volkswacht“ bisher gefunden, aber dennoch wagt sie, unsere Ausführungen anzugreifen, wenn sie auch dabei den Schluss des Artikels vom 16. November unterschlagen muß:

„Laßt auch aber nicht von den Bibliothekaren oder Bibliothekarinnen Bücher empfehlen, die uns nichts angehen, sondern verlangt das, was ihr lesen wollt.“

Es kann nicht die Aufgabe der Arbeiterpresse sein, sich in Lobreden über unzureichende Einrichtungen des Proletariats zu ergehen und gleichzeitig stillschweigend eine viel größere Anzahl Klassengenossen der ideologischen Beeinflussung der bürgerlichen Büchereien zu überlassen, so wie es die „Volkswacht“ tut.

# Hamburger Bürgerschaft

(Eigener Bericht der „SAZ“)

Hamburg, 11. Dezember. Eingang: beantragt die KPD ihren Antrag, der unter Punkt 8 steht und sich mit den Falschgemahnen befaßt, vorweg zu behandeln. Ablehnung erfolgt einstimmig gegen die KPD. Auf der öffentlichen Tribüne regen sich die hinführgeschickten KPD-Anhänger und weißen Flugblätter in den Saal. Flugblätter die ganz allgemein von der KPD auf den Stühlen verbreitet waren. Die Flugblätter werden von den anwesenden Kriminalbeamten verhaftet.

Sodann wird eine Anfrage der Nazis betr. ihres Pfr. Oberstleit. Simon vom Senatssitz beantwortet. Die Nazis haben schon wochenlang mit dieser Angelegenheit gedroht, aber sie sind nie aus sich heraus gekommen und zu dieser Sitzung haben sie dann zwar die Anfrage eingebracht, aber in Voraussicht ihrer Bestimmung zu erwartender Abfuhr, sich von vornherein mit einer schriftlichen Antwort begnügt. Die fällt dann auch dementsprechend aus, nämlich, daß dieser Nazi-offizier in SPD-Schönfelders Gasse wohnen muß, daß er die Dienstvorschriften nicht beachtet habe.

Das Kernstück des Abends wird ein staatsparteilicher Antrag, der sich mit den Schulentlassenen beschäftigt. Alle Fraktionen senden ihre Fachleute, die Lehrer, vor. Unnütz, darauf hinzuweisen, daß alle von den Nazis bis zu den Nazis von sozialer Einsicht nur so übertrafen. Jeder stellt fest, daß die Hamburger Schulkinder bis zu 90% unterernährt sind, jeder ist sich der Not um die Lehrstellen bewußt, jeder weiß, daß dieser Staat angeblich wegen seiner finanziellen Not nichts tun will. Einiges interessantes Zahlenmaterial bringt Bullerstedt (SPD), der Mitglied der Oberschulbehörde ist. Er stellt fest daß von den Lehrlingen in Hamburg, die in den Monaten März-April-Mai 1932 ausgemerzt hatten, 3985 erwerbslos wurden. Wohlweislich hat er dann nicht gesagt, wieviele noch in Arbeit blieben. Er geht dann auf Westphal (KPD) ein, der ein Rundstück auf den Tisch des Hauses gelegt hatte, das einem Kinde in der Schule übergeben ist und das in außerordentlich verdorbenem Zustande ist. Hierzu stellt er fest, daß dies Rundstück zwar tatsächlich dem Kinde in der Schule gegeben sei, aber nicht aus der staatlichen Schulspeisung stamme, sondern aus einer Privatspende. U. E. dürfte es egal sein, woher es stammt, schlimm genug, daß die Schule es fertiggebracht hat, dieses Rundstück auszugeben. Abstimmung ergibt, daß die Anträge der Staatspartei, die lediglich Feststellungen machen, ohne einen Weg zu fordern, der bessert, angenommen werden.

Traditionell ist es, daß die Rechtskrise in Hamburg immer wieder die schlechte Hafenlage als ein besonderes Merkmal der Nachkriegszeit aufweisen, daß in einer Handelszeit nur sie regieren könnten. So beschäftigt sich der nächste Punkt mit dieser Frage. Die Antragsteller sind Nazis und Deutschnationale. Beide Fraktionen schicken einen Interessenvertreter der Importunternehmer, der vor und versuchen anzuzeigen, wie außerordentlich schlecht das Unternehmertum im Hamburger Hafen abschneidet. Schneidet das Unternehmertum schlecht ab, so leidet die Hafenbewirtschaftung an sich und deshalb: Staat, komme den Unternehmern auf Kosten der Arbeitnehmer entgegen und dein Hafen wird rentabler. Das war die Melodie dieser Redner. Und nun trat der SPD-Fraktionsvorsitzende Podewitz hervor und nahm den Kampf für den vom kapitalistischen Staat Hamburg betriebenen Hafen auf. Er hatte eben alles zusammengetragen, um zu beweisen, daß unter der SPD-Konstitutions-Bewirtschaftung unser Hafen mit jedem anderen in der kapitalistischen Welt konkurrieren könne. Walter (KPD) unterstrich hauptsächlich, daß in den Anträgen der NS-„Arbeiter“-PD nicht ein Wort von den Hafenarbeitern, umso mehr aber von den dortigen

Unternehmern geschrieben stehe. Der SPD und Gewerkschaft hielt er ihre Fehler vor. Der Senatsreferent wies den hinführgeschickten Nörglern nach, daß der Staatsbetrieb rentabler sei, als der Privatbetrieb. Bemerkte er, daß er unterstrich, daß die Arbeitsleistung der Arbeiter in Hamburg Hafen eine größere sei als in der Vorkriegszeit. Die ganze Angelegenheit wurde dem Ausschuss überwiesen.

Nach Schluß dieses Punktes mit Vertagung ein.

## Ulmer Allerlei

Die Kette der Korruptionsereignisse reißt im schönen Ulm an der blauen Donau nicht ab. Jetzt ist der sattsam bekannte Arno Weiß, jahrelanger SPD-Kassierer und Angestellter im Fabrikarbeiterverband, zudem selbständiger Schuhmachermeister, zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden. Weiß hat es durch ganz geriebene Machinationen verstanden, 4200 Mark SPD-Beiträge und 800 Mark Fabrikarbeitergelder zu unterschlagen. Sogar die Beerdigungsbeiträge mußten herhalten, um seinen nimmersatten Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Eigenartig

# Aus Sachsen

## Plauen

Eugen Fritsch empfindet es offenbar als Notwendigkeit, den Helm wieder einmal fester zu schnallen, nachdem die toten Sapper ihm einen so empfindlichen Verlust beigebracht hatten. Zu diesem Zwecke borgte er sich vom „Sächsischen Volksblatt“ in Zwickau eine tote Ente, die er unter der Überschrift „Hacke gegen Seydewitz“ in der Kakospritze amarschieren ließ. Da konnte man was erfahren! Eine Bezirkskonferenz der SAP hat in Wilkau stattgefunden (Der Bezirk wußte gar nichts davon.) Seydewitz war als Korreferent gegen Hacke erschienen. Das Ergebnis war: Seydewitz ist auf dieser Konferenz dafür eingetreten, „die Voraussetzungen zu schaffen, die Wiedervereinigung mit der SPD zu betreiben, da er eingesehen hat, daß die Parteispaltung ein Fehler war“. Die von Natur aus boshafte vogtländischen Delegierten taten natürlich scharf dagegen auf, und Eugen versichert ihnen dafür, daß für sie auch kein Platz mehr in der SPD sein würde. Das kränkt uns natürlich sehr, aber wir wollen Eugen aus alter Freundschaft eine kleine Belehrung nicht versagen: Eine Differenz zwischen Seydewitz und den vogtländischen Delegierten ist auf der Konferenz wirklich nicht zutage getreten, da unglücklicherweise das gesamte Vogtland nicht vertreten war. Es wäre auch nicht klar, was das Vogtland auf einer einfachen UB-Konferenz einiger Zwickauer Arbeitsgruppen zu suchen haben sollte. Eugen verspricht uns am Schluß seiner Weihnachtsüberraschung, er würde uns „von nun an die verdiente Nichtachtung schenken“. Dies ist auch wirklich das einzige Mittel, seinen Ruf als Redakteur zu wahren, ein Federhalter ist nun einmal kein Instrument für Eugen Fritsch. Er haut doch immer daneben.

Anmeldung zur Jugendfeier! Der Deutsche Freidenkerverband, Ortsgruppe Plauen, veranstaltet auch dieses Jahr für alle Schulentlassenen die nicht mehr zur Kirche gehören oder nicht konfirmiert werden wollen, eine Jugendfeier. Arbeitereltern! Denkt daran, daß viele Pastoren Mitglieder der Nazipartei sind! Denkt daran, daß Pastoren schon Trauungen vorgenommen haben, bei denen der Mann in Naziuniform vor den Altar trat. Denkt daran, wie oft bei den Fahnenweihen der Nazis Geistliche die Weihereden halten! Sollen solche Geistliche auch Eure Kinder konfirmieren? Wir sagen: Nein! Darum meldet Eure Kinder zur Jugendfeier an.

Anmeldungen nehmen unsere Funktionäre entgegen: Konrad Trautmann, Moritzstr. 31; Oskar Mothes, Herderstr. 15; Willy Däumler, Haselbrunnerstr. 73; Richard Leistner, Dürerstraße 22; Oskar Bergmann, Hegelstraße 25; Paul Petermann, Meißbacherstraße 32; Otto Fischer, Hainstraße 32; Richard Schieck, Fabricestraße 22; Paul Kummerlöw, Fürstenstraße 26; Otto Ullrich, Heubnerstraße 25; Alfred Heideberger, Beyerstraße 13; Emil Wick, Weißdornweg 3; Albert Grunert, Mozartstraße 5 — und alle Hauskassierer des Deutschen Freidenker-Verbandes.

## Falkenstein i. U.

Unsere letzte Parteimitgliederversammlung nahm zur inneren Lage der Partei Stellung. Nach einer ergebnisreichen Aussprache stellte sich die Ortsgruppe einmütig hinter die Auffassung des Bezirksvorstandes.

still ist es im Lager der SPD und des ADGB-Ortsausschusses geworden. Der Weiß-Skandal reißt sich würdig an an die der Denker-, Ruggaber- und Götz-Skandale.

Erst jetzt wieder hat ein Opfer der Bürokraten den Ulmer Staub von den Füßen geschüttelt. Der Redakteur Greiner von der SPD-„Donau-Wacht“ mußte dank der Korruptionsaffären, die der schlechte Geschäftsgang und Abonnentenschwund mit sich brachte, entlassen werden.

Nebenher geht bei den Wahlen ein katastrophaler Stimmenrückgang, der weit über dem Landesdurchschnitt liegt. Eine immer größer werdende Teilnahmslosigkeit der Mitglieder ist zu verzeichnen. Schlechter Versammlungsbetrieb bei den Gewerkschaften wider Partei sind die äußeren Zeichen von Verärgerung und Teilnahmslosigkeit. Um über all die örtlichen und bezirklichen Mißstimmungen hinwegzukommen, wird Theater gespielt, indem Vorschuhmandate für — den nächsten Landtag vergeben werden, der voraussichtlich erst in dreieinhalb Jahren wieder gewählt wird.

Bei der SAJ hört das Murren schon gar nicht mehr auf, ein Funktionär um den anderen verläßt das sinkende Schiff. Jetzt wird wieder ein Kritiker herausgeworfen, einfach weil er kritisch denkt, und wenn Geschichtsunterricht ist, die Herren Referenten aus dem Konzept bringt. Nur so weiter gemacht. Wir werden alles tun, um die von der korrupten SPD enttäuschten Arbeiter zu sammeln für den revolutionären Kampf in den Reihen der SAP.

Einstimmig wurde beschlossen, den Parteitag so bald wie möglich in Plauen stattfinden zu lassen. Der Genosse Tunger wurde weiter zum Delegierten des Parteitag gewählt. Rückblickend auf die Gemeindegewahl gelobt der Funktionärkörper der Ortsgruppe, mit unerschütterlicher Treue und Kampfbereitschaft weiter mit doppelten Kräften für die Ziele der Partei zu kämpfen.

## Schneeberg

Unsere Ortszeitung, die „Roten Spatzen“, hat sich durchgesetzt, ist ein unentbehrlicher Agitator für die SAP geworden. Die ganze Einwohnerschaft diskutiert eifrig über die „Spatzen“ der Sapper. Alles, was sie vom Bürgertum und den Faschisten in Erfahrung bringen, erfährt ohne Schminke die Arbeiteröffentlichkeit. Nachdem nun die Ortszeitung als periodische Druckschrift erscheint, konnte sie gleich zwei Rundschreiben der NSDAP und der NSKG veröffentlichen. In Schneeberg gibt es nicht weniger als 37 eingeschriebene Nazi-Geschäftsleute, von den Sympathisierenden ganz abgesehen. O, die Enttäuschung bei jenen Geschäftsleuten, als sie ihre Firma veröffentlicht sahen! Einer sagte: „Die (Nazis) konnten, auch vorsichtiger mit dem Material umgehen.“ — Die Arbeiterschaft hat nun endlich diese Leute genau erkannt: Die Aktivgruppe der Partei hat die „Spatzen“ in kurzer Zeit restlos umgesetzt. Nicht eine Nummer ist übrig geblieben. Die SAP muß mit allen Mitteln — und die Ortszeitung für 5 Pfennig ist ein äußerst wichtiges Mittel — ihre Gedanken in die Arbeiterschaft hineintragen.

## Rodewisch

Die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Rodewisch stellt sich einmütig hinter die Beschlüsse des Bezirksvorstandes und verlangt einen außerordentlichen Parteitag so bald als möglich. Als Tagungsort wird Plauen vorgeschlagen, um den hiesigen Genossen Rechnung zu tragen, da bereits ein Parteitag in Plauen stattfinden sollte, der nach Berlin verlegt wurde. Als Delegierter wird der Genosse Paul Gräser bestimmt.

## Planitz

Jugendweihe 1933. Am Sonntag, dem 9. April 1933, findet wie im vorigen Jahre im Volkshaus die Jugendweihe des Deutschen Freidenkerverbandes statt. Wir bitten alle Eltern, deren Kinder zu Ostern 1933 die Schule verlassen, diese in die Jugendweihe zu schicken. Anmeldungen nehmen die Genossen Otto Berth, Karl-Marx-Straße 30, Hermann Grimm, Koloniestraße 20, Max Arzberger, Johannisstraße 10, Georg Wegner (Konsum) und Ernst Baumann, Hohestraße 44 entgegen. Die Weihlinge und ihre Eltern treffen sich erstmalig am Mittwoch, den 4. Januar 1933, 19 Uhr, im Konsum-Restaurant zu einer Besprechung, die mit Musik und Lichtbildern umrahmt wird. — Am zweiten Weihnachtsfeiertag findet vormittag 9.30 Uhr im Volkshaus eine Freidenker-Morgenfeier statt. Die Generalversammlung ist am Sonabend, dem 7. Januar 1933, im Volkshaus.

Werbt Abonnenten!

# Schlesischer Arbeitersport

## Die Breslauer Meisterschaft im Gewichtheben

Sportvereinigung Nordost 03 Bezirksmeister der A-Klasse

In der Turnhalle der Brockhaus-Schule brachte der Bezirk Breslau des Arbeiter-Athleten-Bundes am vergangenen Sonntag eine Meisterschaft, Mannschaftsgewichtheben zum Austrag. Sieben Heber mit unbeschränktem Körpergewicht bildeten eine Mannschaft, welche einen Vergleich mit zwei einarmig reifen und toben, sowie bedürftig die über Lehungen durchzuführen hatten. In der Mannschaftsklasse traten der Titelverteidiger, die Sportvereinigung Nordost 03, deren Heber sehr gute Leistungen boten und auch in der Gesamtleistung einen neuen Rekord aufstellten konnten. Die beste Einzelleistung zeigte der Leichtgewichtler Karl Schwitalle Nordost, der in seiner Klasse im einarmig Reußen mit 160 Pfund einen neuen Bundesrekord buchen konnte. Auch in den übrigen Lehungen war er mit einarmig stößen von 130 Pf., beidarmig reußen von 160 Pf. und stößen von 210 Pf. der beste. Die Resultate waren folgende: 1. Sportvereinigung Nordost 03 mit 167,3 Punkte (Rekord); 2. Arbeiter-Athletenverein 1911 mit 134,0 Punkten und 3. die Freie Sportvereinigung 1897 mit 119,8 Punkten. Am Mittwoch den 14. Dezember finden in der Turnhalle Brunnenstraße um 20 Uhr zur Ermittlung des B-Meisters einige Mannschaftskämpfe im Ringen statt und finden folgende Treffen statt: AAV 1911 IB gegen Fr. Sportv. 1897 IB und 1911 IB gegen Nordost IB

## Gesellschaftsspiele im Handball

für den 18. Dezember 1932

14.30: Südkick I—9. Abt. II, Stadion, Fr. Schwimmer.  
13.15: 12. Abt. II—Fr. Menschen, Stadion, Südkick.  
14.30: 12. Abt. I—9. Abt. II, Stadion, 5. Abt.  
9.00: 6. Abt. IV—12. Abt. III, Ostpark, 2. Abt.  
10.10: 6. Abt. III—7. Abt. II, Ostpark, Nr. 9.  
9.00: 4. Abt. Jug.—1925 Jug., Lehwiese, Nr. 8  
10.10: 4. Abt. I—Südost I, Lehwiese, Nr. 4.  
10.00: 8. Abt. I—1897 I, Helmutwiese, Nr. 16.  
9.00: 1. Abt. III—Stabelwitz III, Eichenpark, 7. Abt.  
10.10: 8. Abt. II—Hundsfield, Helmutwiese, 2. Abt.  
10.10: 1. Abt. I—Stabelwitz II, Eichenpark, Dt. Lissa  
11.29: 1. Abt. I—Stabelwitz I, Eichenpark, Nr. 55.  
10.00: Nordost I—Südkick I, Brückenaue, 1925.  
9.00: 1925 III—1897 II, Brückenaue, 5. Abt.  
10.10: 1925 I Schül.—9. Abt. Schül., Brückenaue, Verein.  
10.55: 1925 II. Schül.—9. Abt. II. Schül., Brückenaue, Verein.  
11.40: 1925 IV—1925 II, Brückenaue, 4. Abt.  
14.00: 1925 I—7. Abt. I, Brückenaue, Nr. 9.

für den 25. Dezember 1932

10.00: Hundsfield—1925 IV, Hundsfield, 5. Abt.  
10.00: Stabelwitz Jug.—1925 Jug., Stabelw., Marschw.  
14.00: Südost II—1. Abt. I, Kleitendorf, Nr. 13.  
Bezirksspielausschuss — Handball. Die Sportabteilung von ZDA ist von sämtlichen Turnspielen mit Spielperrre belegt.

# ORGANISATIONS NACHRICHTEN

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat Breslau Kleine Holzstraße 3. Telefon 567 63

D. 21: Mittw., 20 Uhr, Generalversammlung bei Klenner, Kreuzstr. Funktionäre eine Stunde früher.  
Deutscher Freidenkerverband, Abt. Schellnag: Donnerstag, den 15. Dezember, 20 Uhr, findet im Lokal „Oderstrom“ Uferstr. 48. unsere Abteilungsversammlung statt. Es ist Pflicht aller SAP-Mitglieder, die Versammlung zu besuchen. Mitgliedsbücher des DFV nicht vergessen!

Sekretariat: Kl Holzstr. Sprechstunden Dienstag, Mittwoch und Freitag von 10—17 Uhr und Donnerstag von 18—20 Uhr.

Heut, Dienstag, finden folgende Unterhaltungs-Heimabende statt:  
Heim 2: Kampfliederabend.  
Heim 6: Liederabend.  
Heim 7: Liederabend.

Besucht unsere Gruppenabende.  
Monistische Jugend. Zentralabend Heut, 19.30 Uhr ist alles im Heim Grünstr. 14/16. Es referiert Genossin Toni Simmel über: „Erziehungsaufgaben der sozialistischen Jugendbewegung.“ Pünktlich erscheinen. Gäste willkommen.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau, „nerate“ Herbert Scholz, Breslau, Verlag Max Rausch Breslau Lohndruck Th. Schatzky A-G Breslau Neue Graupenstraße 7.  
Expedition: Breslau Kleine Holzstraße 3. Treppe. Telefon 206 02.  
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt Breslau 6 Kleine Holzstraße 3. Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto-Nr. 102 92

## Wilkau

## Felix Häußler

Lebensmittel · Hauptstraße  
Für das Fest:  
Obst- und Gemüse-Konserven, Fisch-Marinaden, Obst u. Südfrüchte, Aale und Präsentkörbe bekannt preiswert

## STADTTHEATER

Dienstag, 20 — nach 22.30 Uhr  
Abonn.-Vorstell. E

## Friedemann Bach

Mittwoch, 20 — gegen 22.30  
Abonn.-Vorstell. F 7

## Mister Wu

Donnerstag, 21 — nach 22.30 Uhr  
Geschlossene Vorstellung für die Deutsche Bühne

## LOBETHEATER

Dienstag, 20.12.32 — 22.30

## Heimkehr des Olympiasiegers

## GERHART-HAUPTMANN THEATER

täglich 20.15—22

## Bargeld lacht

kleine Anzeigen

## Kleine Anzeigen

nur kompakt gehaltene Anzeigen (Verkauf Kaufsuche) nur von Privat. Wort 5 Pfg., letztes Wort 4 Pfg.

## Leerzimmer

an kinderloses Ehepaar bald zu vermieten, bei Schreiber, Posener Straße 26 V.

# Wo decke ich meinen Bedarf?

**Lebensmittelhaus**  
Heinrich & Co.  
Frankfurter Straße 154

**Restauration Traugott Riefe**  
Westendstraße 64  
Treffpunkt aller Genossen  
Angenehmer Aufenthalt — Niedrige Preise

**WESTEN**

**fl. Fleisch- u. Wurstwaren**  
Paul Sternitzke, Steinauer Str. 25

**Fleischermeister Max Lettner**  
Posenerstraße 23  
Stets la Qualität — Niedrigste Preise

Täglich frische **Seefische u. Räucherwaren**  
Richard Polke, Anderssenstr. 16

Paul Fröhlich  
**Kolonialwaren usw.**  
Bergstraße 22

**F. Fleisch- und Wurstwaren**  
Steinauer Str. 6  
Emil Lüdeck

Genossen Beachtet unsere Inserate!

**Vogelwetter · Kolonialwaren**  
nur bei Ritter, Friedrich-Wilhelm-Straße 53

# Ohne Geld durch Südamerika

Erlebnisse von Erich Tüpe

8)

(Nachdruck verboten.)

## Wieder unterwegs

Viele Wochen verbrachte ich ohne Arbeit in Rio de Janeiro. Schließlich ging es einfach nicht mehr weiter — irgendein Ausweg mußte gefunden werden. Mit einem 17-jährigen Schiffsjungen aus Leipzig, den ich kennen gelernt hatte, beschloß ich, die Wanderung nach São Paulo, der zweitgrößten Stadt Brasiliens, anzutreten. Eine Strecke von 500 km lag vor uns — es gehörte schon etwas Mut dazu, sich unter solchen Umständen auf den Weg zu machen!

Die Kleider, die wir auf dem Leibe trugen, und zusammen 4 Milreis in der Tasche waren alles, was wir besaßen, als wir in den frühen Morgenstunden eines Hochsommermorgens im Fernbus Fahrkarten bis zur Endstation der Vorortbahn lösten. Von dort begann dann unsere Fußwanderung, immer längs der Bahnlinie. Der eine rechts, der andere links, die Arme verschuldet, balancierten wir auf den Eisenbahnschienen ins Blaue hinein. Auf kleineren Stationen wurden, solange das Geld reichte, Zigaretten, Brot und Bananen gekauft. Die ersten Nächte schliefen wir im Freien.

## 5 km in Finsternis

Den bei Pirahi gelegenen längsten Tunnel Brasiliens, der eine Ausdehnung von etwa 5 km hat, durchwanderten wir mit übermenschlicher Anstrengung. Die ununterbrochene Finsternis, das Hasten und Tasten durch die unzähligen Kurven und das dauernde Auhorchen, ob nicht ein Zug sich näherte, spannte unsere Nerven aufs äußerste an. Man kann sich kaum vorstellen, wie glücklich wir waren, als vor uns Pirahi von Bergen eingeschlossen mit seinen vielen Seidenspinnereien auftauchte.

## Keine Arbeit

Wir versuchten, hier Arbeit zu erhalten, aber alles war vergeblich. Ohne auch nur eine kleine Unterstützung zu erlangen, mußten wir unseren Weg weiterziehen. Auf einer in der Nähe gelegenen Farm mit ausgedehnten Apfelsinplantagen konnten wir schließlich einmal übernachten. Am anderen Tage setzten wir unsere Wanderung längs der Bahnlinie durch kleinere Dörfer und Städte fort. Wo wir deutsche Ansiedler zu finden hofften, fragten wir nach Arbeit, aber es war immer wieder vergeblich, denn die Farmer bewirtschafteten ihre kleinen Anwesen selbst mit Hilfe ihrer Familienangehörigen.

Übrigens war es nicht so einfach, an eine solche Siedlung heranzukommen. Nach südamerikanischer Sitte mußten wir in einer Entfernung von etwa 30 Metern laut in die Hände klatschen, bis sich die Ansiedler zeitigten und feststellten, daß wir keinen Überfall auf sie planten. Hätten wir das unterlassen, so hätten wir uns der Gefahr ausgesetzt, mißverstanden und auf der Stelle erschossen zu werden.

## Ein glückbringendes Gewitter

Ein furchtbares Gewitter mit Sturm und Regen trieb uns in das kleine Dörfchen Floriano, wo wir in einer Vanda (Geschäft mit Gastwirtschaft) Unterschlupf suchten. Der Wirt erzählte uns, daß in unmittelbarer Nähe ein nordamerikanischer Ingenieur im Auftrage der brasilianischen Regierung eine Brücke baue. Man wies uns den Weg zu einer weit westlich des Dorfes gelegenen Schnapsfabrik, die stillgelegt war und jetzt dem Ingenieur mit seiner Belegschaft Quartier bot.

Wir trafen ihn mit seiner Frau und seinem 22-jährigen Sohn bei Tisch, den unvermeidlichen Monte schlürpfend. Wir stellten uns als deutsche Seeleute auf der Durchreise vor und boten um Arbeit. Obwohl der Brückenbauer bald beendet war, hatten wir Glück. Drei Wochen lang konnten wir als Handlanger und Nietwärmer arbeiten.

Nachdem die Brücke fertiggestellt war, machte uns der Ingenieur große Hoffnungen auf guten Verdienst jenseits der Berge, im Urwald, wo er eine Holzkohlenbrennerei großen Stils errichten wollte. Einen reichen Brasilianer, der Besitzer weiter Strecken Urwalds war, hatte er als Kompanion gefunden.

## Wieder im Urwald

16 Mann verpflichteten sich, mit ihm in die Berge zu ziehen. Mit Handwerkszeug, Art und Buschmesser ging es los. An einer lichten Stelle im Urwald, in nächster Nähe eines Buches, fällten wir Bäume und Bambusrohr, schnauften Löcher zum Einsetzen der Stämme, suchten Zedernbäume zum Spalten von Schindeln für das Dach und errichteten so ein Blockhaus. Auch Hühnerställe, Gemüsegärten, sogar ein Maisfeld sollten angelegt werden. Der Ingenieur hatte fantastische Pläne. Er trug sich mit dem Gedanken, nach dem 50 km entfernten Floriano eine Autostraße zu bauen für die Lastwagen, die die Holzkohle nach der Bahn befördern sollten. Weiter wollte er Tabakfelder anlegen, die uns das Rauchmaterial liefern sollten.

So verlebte ich zunächst ein paar ganz erträgliche Wochen. Die Lebensmittel wurden uns auf einem Ochsenkarren aus dem Dorfe gebracht, wo unser Ingenieur großes Ansehen genoss. Wir durchstreiften den Urwald in der Nähe der Ansiedlung, schossen Wildschweine, Girteltiere, Rehe, Waldhühner und manches andere Getier. Sonnabends hatten wir meist Urlaub. Dann zogen wir ins Dorf Floriano und kauften mit Gutscheinen, die uns der Ingenieur zur Verfügung stellte, Kleidungsstücke und was wir sonst brauchten. Die Geschäftsleute hatten Anweisung, die Bons in Zahlung zu nehmen; wenn die erste Holzkohlenlieferung ausgeführt war, sollten sie verrechnet werden.

Diese gute Zeit nahm ein Ende, als ich mir eine gefährliche Krankheit zuzog. Ich mußte in das nächstgelegene Hospital.

(Fortsetzung folgt.)

## Kein Tag

## ohne Bergwerksglück Schlagwetter-Explosion in Belgien

6 Opfer

Perennes (Hennefau), 12. Dezember. In der hiesigen Grube St. Marghärta ereignete sich eine Schlagwetterexplosion, der sechs Personen zum Opfer fielen.

Gelsenkirchen, 12. Dezember.

Auf der Zeche Graf Bismarck in Gelsenkirchen ereignete sich ein schwerer Betriebsunfall. Zwei Bergleute, die vor Ort mit Bohrarbeiten beschäftigt waren, überhörten einen Sirenenzug, von dem sich zwei Wagen lösten und infolge des starken Gefalles zurücksausten. Die beiden Arbeiter wurden überfahren und so schwer verletzt, daß einer von ihnen kurze Zeit später verstarb.

# „Wir wissen keinen anderen Ausweg mehr!“

Jugend, für die das Leben seinen Sinn verliert

Der Polizeibericht am 30. 11. lautet: In der Bäckereifiliale von Gausepol wurde gestern ein schwerer Raubüberfall verübt. Der dort bekannte Bäckerlehrling Paul Kisters erschien mit seiner Braut, die von ihren Angehörigen seit Tagen vermisst gemeldet war, kurz vor Ladenschluß in dem Geschäft und forderte mit vorgehaltenem Revolver die Herausgabe der Tageskasse. Die beiden sind mit dem erbeuteten Betrag in Höhe von 35 Mark flüchtig.

Der Polizeibericht am 2. 12. lautet: Die beiden jungen Leute, der Bäckerlehrling Paul Kisters und die Putzmaschineninhaberin Hanni Wobbe, die Mittwochabend in einem Bäckereigeschäft in Münster die Verkäuferin zur Herausgabe der Tageskasse zwangen, und dann flüchteten, haben sich Freitag morgen in einem Gasthofzimmer erschossen.

Ein paar trockene Zeilen, die aber die furchtbare Tragödie unserer heutigen Jugend offenbaren. Die Meldungen sind zu alltäglich geworden, als daß sie in unserer Zeit noch besonderes Aufsehen erregten. Das Auge des Lesers gleitet flüchtig darüber hin, wenn er liest: „Heute morgen fand man auf der Eisenbahnstrecke . . . den jugendlichen Arbeiter . . .“ — „Im Verlauf einer häuslichen Auseinandersetzung sprang gestern mittig der 21-jährige K. . . Er war auf der Stelle tot.“ — „Die Leiche der seit einigen Tagen vermissten Grete M. wurde am Dienstag von Hafenarbeitern.“ — Die Fälle werden registriert. Die Aufregung überläßt man den nächsten Angehörigen.

Paul und Hanni waren blutjunge Menschen. Paul sollte die hoffnungsvolle Stütze seiner Eltern werden. — So hatten sie es bei der Taufe ausgedacht. Hanni galt immer als das verwöhnte Kind. Sie würde eine glänzende Partie machen, die Nachbarn und Verwandten sagten es. Und so begannen sie alle ihren Lebensweg; alle die anderen, die den Eltern und sich selbst die schönsten Hoffnungen zu erfüllen versprochen. Dann war es eines Tages aus. Die Hoffnungen platzten. Ein Nichts blieb übrig.

„Wir wissen keinen anderen Ausweg mehr“, so schrieben Paul und Hanni, bevor sie ihrem „hoffnungsvollen“ Leben ein Ende machten. Was hatten sie noch zu verlieren! Ihr Entschluß stand fest, als sie ihren „Raubüberfall“ ausführten. Nur ein paar Mark! nur zwei Tage ganz zu

## Unser Arbeiterkalender Roter Pionier 1933

ist erschienen. Der Versand hat begonnen. — Einzelpreis bei 160 Seiten Umfang 50 Pfennig. Gruppen erhalten erheblichen Rabatt! Vorauszahlung des Betrages beschleunigt die Lieferung.

Verlag „Roter Pionier“, Dresden A 1 Jakobsgasse 5

sammeln. Woher das Geld nehmen? — Dort, wo es am leichtesten zu erreichen war, wo sie jeden Winkel kannten. Der Staatsanwalt hätte es leicht gehabt, ihnen den „vorsätzlichen Raubüberfall“ nachzuweisen.

Wo sich das abspielte? — Im schwarzen Münster, da, wo moralisierende Betschwester und Seelsorger jüngst einen Verein zur Bekämpfung der Sittenverderbtheit der Jugend gegründet hatten. Ach, wir hören sie schon wieder, die fanatischen Moralisten, die nie die Wirklichkeit begreifen lernen und nie begreifen wollen; wir hören sie, wie sie die „sittlich verdorbene Jugend“ in die ewige Verdammnis wünschen.

Was wissen sie von dem namenlosen Elend, da; heute aus den Reihen der Hunderttausenden arbeitsloser Jugend täglich sein Opfer fordert. Mit offenen Augen steht diese Jugend vor dem Reichtum unserer Zeit. Sie darf alles sehen, aber es ist ihr versagt, Anteil zu nehmen; sie muß entbehren, entsagen, verzichten. Arbeitslosigkeit, die Pestkrankheit unserer Tage, frisst an ihrem Körper, an ihrer Seele; reißt sie aus dem großen Flug, der Sonne entgegen, mit dem sie begann, in grausame Wirklichkeit hinab; nimmt ihr jede Hoffnung, raubt ihr jeden Raum, in dem Leben Inhalt erhält; jagt sie von Enttäuschung zu Enttäuschung, zur Verzweiflung, in den — Tod. d. d.



## Eine Seite aus einem großen Buch

Von der Wolganiederung und dem Kaspiischen Meer bis zur chinesischen Grenze erstreckt sich das bis vor kurzem noch wenig erforschte Kasakstan. Erst der Fünfjahresplan gab den jahrhundertlang schlummernden Viehzucht- und Ackerbaubezirken neue, ungeheure Perspektiven der Entwicklung. Politik erschienenen Buch „Eine Seite aus einem großen Buch“ beschreibt die Aertzin Argutinskaja ein Jahr harter Arbeit und neuen Erlebens — einfach, anspruchslos, unpathetisch, aber anschaulich und lebendig. Sie reitet in Männerkleidung in die Aul, sie reißt sich mit den Bais — den dortigen Kulaken — die ihren Reis und ihr Getreide an Spekulanten verkaufen, sie nimmt an dem „Bisch-Barmak“, dem Hammelfleisch-Festessen der Einzelhändler teil, obwohl es sie in geheim schüttelt vor Ekel, aber sie würde ja sonst die Gastgebe beleidigen. Sie legt aseptisch: Verbände an, wo bisher Geisterbeschwörung und Mistauflagen heilen mußte, sie zieht auf Kamelen durch die Steppe, bis ihr vor Erschöpfung fast die Sinne vergehen, aber sie setzt durch, daß die „roten Korawanen“ am Tage der Oktoberfeier schwer beladen mit Getreide einziehen und sie melden kann: „Plan zu 106 Prozent erfüllt“.

Eine interessante Seite aus dem großen Buch des Sowjetaufbaues, die jeder, der sich für die Probleme des sozialistischen Aufbaues interessiert, lesen muß. Ein Buch, ebenso spannend wie politisch aufklärend. Das Buch ist 218 Seiten stark und kostet karioniert nur RM. 1.— in Ganzleinen RM. 1.75. Zu beziehen durch unseren Literaturvertrieb und jede gute Buchhandlung.



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by

33) Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Guljaka beugte sich zu ihm aus dem Wagen, als wolle er herausspringen und die Reise aufgeben.

„Ach Wjetrow wie leid tut es mir, von der Arbeit wegzufahren. Alles, was auf mir aufgebürdet war, wirst doch du jetzt schaffen müssen . . . das Sekretariat, die Buchführung. Wer sonst kann diese Arbeit leisten? Aber am meisten tut's mir leid, daß ihr das Kraftwerk ohne mich hier in Gang setzen werdet. Wir haben doch zusammen soviel Seele und Kraft hineingelegt.“

„Nun los, Freund! Du wirst uns in der Stadt besser Hilfe leisten, du kannst dort einen Druck ausüben, wo es notwendig ist. Kannst beobachten, abtasten, mit Sachverständigen beraten.“

Ich drückte Guljakas Hand und rief ihm und Wjetrow voller Begeisterung zu:

„Lieber Genosse, du kannst ruhig wegfahren. Ich nehme deine Arbeit auf mich; mit dem Sekretariat werde ich schon fertig werden und in der Buchhaltung wird Wjetrow mir helfen.“

Guljaka gab Bankin die Hand. Auch in diesem Augenblick blieb Bankin stumpf, als sei Guljaka nur als zufälliger Gast bei ihm gewesen. Er sah über ihn hinweg und brummte:

„Nun . . . im groben und ganzen . . . komm als guter Agronom zurück. Laß dich nur mit feinen neuen Huf-n beschlagen. Du kannst dann einen marxistischen Zirkel hier organisieren. Die Partei ist alles, ohne Partei sind wir wie ohne Kopf und Beine — Krüppel.“

Er räsonierte wie ein Brummhär, wir hörten ihm aber nicht zu und lächelten: er sagte ABC-Weisheiten, wir hatten ihn aber gern und unterbrachen ihn nicht in seinen Belehrungen.

Luschas Augen waren von Tränen überströmt, und in den trockenen Augen Guljakas brannte das Fieber. Die Pferde, deren Fell bronzen glänzte, zuckten mit den mächtigen Muskeln, warfen die Köpfe stolz in die Höhe, spitzten die Ohren.

## Aitlag

Mein Leben wurde immer ausgefüllter, interessanter: ich war nun aktive Teilnehmerin an allen großen und kleinen Dingen, die in der Kommune vorgingen. Im ersten Jahre meines Lebens in der Kommune lernte ich bis zu den kleinsten Einzelheiten ihre Lebensweise, das ganze System der wirtschaftlichen und menschlichen Beziehungen kennen, trotzdem blieb ich aber immer noch nur Beobachterin. Ich arbeitete bei den Jungkommunisten, arbeitete ein wenig im Klub, in der Bibliothek und in der Lesehalle, arbeitete in der Kommission zur Liquidierung des Analfabetismus, aber meine Teilnahme in den wirtschaftlichen Angelegenheiten in der Kommune war nur sehr gering.

Prochor arbeitete da mehr als ich: er war noch heute die rechte Hand Wjetrows und spielte die Rolle des gebildeten Fachmannes. Im Sommer arbeitete er im Feld wie ein einfacher Arbeiter. Seine Schüler verrichteten praktische Arbeit bei den Maschinen, in den Werkstätten, in den Gemüsegärten. Er hatte im vorigen Jahr zusammen mit ihnen einen Obstgarten im Umfang von zwei Hektar gepflanzt und eine aus vierzig Bienenstöcken bestehende Bienenzucht eingerichtet. Seine Schule hatte er in eine Art biologische Station und agronomisches Praktikum umgewandelt. Vor dem Garten richtete er eine meteorologische Station ein, eine kleine, zweitrangige; das war eine kleine Bude aus Latten, mit einem Thermometer und allen möglichen Meßapparaten, mit einem Regenmesser auf einem Pfahl, einem hohen Mastbaum mit einer Wetterfahne und einer Windrose. Die Kinder machten dort der Reihe nach, sehr sorgfältig, mit komischen Ernst, Beobachtungen, notier-

ten sie und hängten ihre Tabellen auf ein schwarzes Brett, das vor dem Schuleingang angebracht war. Die Kommunisten und Kommunistinnen drängten sich um dieses Brett und ihre Gesichter waren voller Neugierde und Nachdenklichkeit.

„Es steht auf Regen. Wie kann's aber jetzt regnen, es wird eher schneien . . . schaut mal, wie windig es ist . . . es bläst einem um den Kopf.“

„Deshalb ist dein Kopf auch so bleiern. Der Zeit nach müßte es schneien, aber das Barometer sagt: Regen . . . Wasser.“

„Und was zeigt das Thermometer? Wieviel Grad ist es? Kommt Frost ohne Regen, dann geht die Winterzeit zum Teufel.“

„Aber begreif doch; wenn das Barometer auf Regen steht, dann kann man doch nicht Schnee erwarten. Das Thermometer geht auf Null . . . macht nichts.“

„Das ist gut für uns.“

„Warum schlafen die Mädels in der Genossenschaft? Es ist schon längst Zeit, warme Kleider auszuteilen und sie denken noch nicht einmal daran, in die Stadt zu fahren.“

Sehr oft begann man ganz unerwartet in der Masse zu tanzen. Die Mädchen und jungen Frauen sangen dann mit seltsam erstarrten Gesichtern und tanzten miteinander. Sie drängten streng und herausfordernd die Menge zurück, verbreiterten den Kreis und stampften frech und gewandt mit den Füßen zum Takt des Liedes:

Mutter brachte mich zur Welt  
Winzig wie ein Hühnerlein . . .

Und auch die Menge erstarrte in verzwecktem Selbstvergessen.

Und gleich daneben hörte man Diskussionen und Unterhaltungen über das wirtschaftliche und politische Leben.

„Getreide aufbringen . . . man muß verstehen, was mit dem Bauer umzugehen ist, sonst versteckt er das Getreide in seinen Bart. Aber wir Kommunisten wissen besser als die anderen, wie sein Bart zu kämmen ist.“

„. . . man müßte im Frühling beginnen, die Sümpfe trocken zu legen. Fast hundert Hektar Sümpfe gibt es. Im Ausland werden sie mit Maschinen getrocknet. Man muß den Kommunesowjet fest anpacken.“

„. . . Man sagt, es gäbe so einen Fachmann, dem es gelungen ist, Aehren mit fünf-hundert Körnchen zu züchten. Man mußte ihn zu uns einladen und die Bauern mit diesen Aehren verblüffen. Im Handumdrehen würden alle Bezi-ke sich kollektivieren.“

„Man spricht von Krieg, Polen, Frankreich . . . Kapitalisten . . . Ach, wenn sie nur ein wenig warten würden . . . bis wir uns festigen, unsere Kollektive verbreitern . . . uns dem Sozialismus nähern . . . dann würden wir in der ganzen Welt die Sowjetmacht säen.“

„. . . Dreihundert Bauern haben Gesuche bei der Kommune eingereicht . . . Man müßte sie nicht in die Kommune aufnehmen, sondern Kollektivwirtschaften gründen.“

Den Kinderhort und den Kindergarten vertraute ich Natascha an. Im Laufe dieses Jahres war sie strenger und pedantischer geworden als ich es war. Die Zimmer blitzten vor Sauberkeit, die Wärterinnen waren schon so abgerichtet, daß sie schon aus Gewohnheit die Tagesordnung pünktlich einhielten. Nur Aksjutka war noch immer von Zeit zu Zeit launenhaft und widerspenstig.

## Unser Arzt

Zweimal im Monat kommt der Arzt des Bezirkskrankenhauses in die Kommune. Michail Michalytsch. Ein dickes Männlein, reizbar, mürrisch, mit kleinen trüben Augen. Seine Kopf-, Bart- und Schnurrbarthaare scheinen sich immer vor Wut aufzubäumen und zu stechen, es ist, als spritze giftige Galle aus ihnen. Er schreit die Kranken an, stößt sie, und wenn sie von seiner Untersuchung kommen, ist der Ausdruck ihrer Augen nidergedrückt. Wenn er die Kinder untersucht, so macht er ungekeimte Grimassen und kneift sie. Sie haben so eine Angst vor ihm, daß allein bei seinem Erscheinen sich ein allgemeines Gebrüll erhebt und allgemeine Verwirrung entsteht. Sogar die Säuglinge fühlen schon von weitem seine Nähe und rebellieren voller Wut. Die Kommunisten wissen schon: wirbelt aus unserem Gebäude Kreischen und Brüllen heraus, so bedeutet es, daß Michail Michalytsch seine ärztliche Untersuchung in der Kinderkommune begonnen hat.

(Fortsetzung folgt.)

# Mißbrauch der Gewerkschaften für SPD-Propaganda

Eine „Diskussion“ im „Grundstein“

Der „Grundstein“, das Organ des Bau-gewerksbundes, hat sich mit dem Ausgang der letzten Reichstagswahl beschäftigt und dabei selbstverständlich — das Verhalten der SPD verteidigt. Zudem aber forderte er die Mitglieder des Bau-gewerksbundes zur öffentlichen Diskussion auf. Dieser Aufforderung sind sehr viele Mitglieder nachgekommen, darunter auch einige SAP-Genossen. Die „Grundstein“-Redaktion will diese „Diskussion“ aber auf einer Seite des kleinen Formats erledigen. Deshalb bringt sie von den vielen Einsendungen nur einen Teil und auch diese nur verstimmt. Selbstverständlich werden hier in erster Linie Stimmen, die für die SPD sprechen, veröffentlicht. Aber selbst einige Zuschriften von SPD-Arbeitern verraten sehr deutlich die Unzufriedenheit mit der ganzen SPD- und ADGB-Politik. Drei dieser Einsendungen lauten:

Weil die SPD zu nachsichtig, zu demokratisch war. Künftig wäre schärferes Vorgehen und entschiedene Klassenpolitik zu empfehlen. Gerade jetzt sind, weil wir uns in keiner Koalition befinden und keine Regierung tolerieren, die Grundlagen zu neuem Aufstieg gegeben.

Walter Kusche, Maurer, Breslau.

Der Stimmenschwund der SPD lehrt uns, daß ihre Politik von den Gewerkschaften nicht vorbehaltlos mitgemacht werden kann.

Gustav Hauch, Bauarbeiter, Berlin.

Der neue Reichstag wird genau so wenig zu sagen haben wie der vorhergehende. Alle Arbeiterorganisationen müssen gemeinsam außerparlamentarische Aktionen mobilisiert werden. Dazu können die Gewerkschaften viel beitragen. Sie sind um so mehr dazu verpflichtet, da sich ihre Mitgliedschaft aus Bekannern zu verschiedenen politischen Organisationen zusammensetzt.

Paul Lenz, Frankfurt a. M.

Unser Genosse Gerhard Lenz, Breslau, hat ebenfalls eine längere Zuschrift an den „Grundstein“ gesandt, der aber nur die paar Anfangssätze davon veröffentlicht hat. Wir halten den Aufsatz unseres Genossen für so gut und für andere BGE-Mitglieder so nützlich, daß wir ihn im nachstehenden ganz und ohne jede Änderung veröffentlichen. (Unterstrichungen und Heraushebungen von uns. Red. d. „SAZ“.)

## Genosse Lenz schreibt:

Mit den Worten: „Angesichts der über-trendenden Bedeutung dieser Wahlen zum Reichstag ... ladet uns der „Grundstein“ zu einer Aussprache über obiges Thema ein. Die meisten Mitglieder werden wohl hinter das Wort „übertragend“ ein Fragezeichen gesetzt haben. Nachdem sie in diesem Jahr schon fünfmal an die Urne treten durften, werden sie von der Erkenntnis durchdrungen sein, daß das Schicksal der Arbeiter-schaft nicht mit parlamentarischen Mitteln entschieden wird. Sie dürften der Auffassung sein, daß Wahlkämpfe nur Teilgefechte sind, durch deren Ausgang nichts unmittelbar entschieden wird. Die künftige Linie der deutschen Politik, das Schicksal der Arbeiterbewegung, hängt nicht ab von der Verteilung der Mandate, sondern heute von dem Spiel der außerparlamentarischen Kräfte und Machtfaktoren. Das Schicksal des letzten Reichstags hat Hunderttausenden, die noch von parlamentarischen Illusionen erfüllt waren, die Augen geöffnet. Siehe den Wahlausgang: schwächere prozentuale Wahlbeteiligung, Zunahme der kommunistischen Stimmen.

Dabei auch ein Wort

gegen den Mißbrauch der Verbands-versammlungen und unseres Bundesorgans.

Die einseitige Festlegung der Gewerkschaften auf eine Partei, auf die SPD, muß die vielen hunderttausend Mitglieder, die mit Recht gegen die SPD eingestellt sind, zurückstoßen und sie nicht nur noch mehr zur SPD, sondern auch zu ihrer Gewerkschaft in Gegensatz bringen. Es ist also Schwächung, ja in letzter Konsequenz Gewerkschaftsspaltung, die hier von der Gewerkschaftsführung betrieben wird. Woher nehmen der ADGB-Vorstand und die Verbands-Redakteure und -Vorstände überhaupt das Recht, die Gewerkschaften für die SPD einzuspannen und Verbandszeitung und Verbandsblätter nur für diese Partei zu verwenden? Es ist doch zu bedenken:

Es gab einmal eine Zeit, in der die Sozialdemokratie eine Arbeiterpartei war. Aber seit jener Zeit ist die Rolle der Sozialdemokratie leider eine andere geworden. Seitdem hat die Sozialdemokratie den Boden des Marxismus verlassen, seitdem hat gerade

die SPD die Hauptschuld daran, daß in Deutschland überhaupt noch einmal ein Bünings- und ein Papen-Regime aufkommen

und die werktätigen Massen so in Elend und Unterdrückung versinken konnten, wie das heute der Fall ist. Die ehemals geeinte Sozialdemokratie ist heute in mehrere Parteien und Richtungen zerfallen, und das nicht nur einfach aus Spaltungswillen einzelner, sondern weil diejenigen, die den Partei-Apparat in der Hand haben, seit vielen Jahren eine unmarxistische, für die Arbeiterbewegung verhängnisvolle Politik betreiben.

Auch die Mitgliedschaft des Bau-gewerksbundes setzt sich aus Anhängern verschiedener Parteien zusammen.

Deshalb, wenn die Gewerkschaft heute ihre Aufgaben der materiellen Interessenvertretung der Arbeiterschaft überhaupt erfüllen will, wenn sie den notwendigen Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus organisieren will, dann muß sie gerade in entgegen-gesetzter Weise wie der ADGB-Vorstand — alles tun, um sämtliche den verschiedenen Parteirichtungen angehörigen Bundes-Mitglieder zusammenzufassen zu einem geschlossenen Ganzen. Im Interesse der Gewerkschaft selbst muß die innergewerkschaftliche Demokratie wieder hergestellt werden; jedes Mitglied muß auch die Möglichkeit haben, seine Meinung über den Weg der Gewerkschaft in Versammlung und Presse zur Diskussion zu stellen. Die Ausschüsse und Bestrafungen oppositioneller Kollegen, wie z. B. hier in Breslau, müssen, soweit diese die Gewerkschaftsstatuten anzuerkennen bereit sind, rückgängig gemacht werden.

Die ADGB- und auch die Bau-gewerksbund-leitung haben in ihren letzten Sitzungen, wie aus dem „Grundstein“ ersichtlich, selbst das Thema neuer Werbemethoden auf die Tagesordnung gestellt, weil auch sie allmählich dahinter kommen, daß es so nicht weiter geht. Aber

das beste und ausschlaggebende Werbe-mittel ist eben die Kursänderung der Gewerkschaften.

Die Arbeiter müssen sehen, daß wirklich nur in ihrem Interesse und ohne Rücksicht auf das kapitalistische System gekämpft wird. Nicht Vertreibung auf das Parlament und auf Volksentscheid, sondern Revolutionierung der Gewerkschaft, nicht eine Taktik, die „auf Einhaltung des gesetzlichen Rahmens“ bei den jetzt unvermeidlichen Kämpfen hinausläuft. Gewiß bringt das große Schwierigkeiten und Gefahren mit sich. Die Gewerkschaften stehen hier wieder in derselben Situation wie im Frühkapitalismus, zur Zeit ihrer Gründung. Auch damals war das Streiken verboten, war verboten, sich zu Abwehrorganisationen zusammenzuschließen. Die Arbeiter haben damals, den Verboten trotzend, die Anfänge ihrer Organisationen geschaffen und Streiks geführt. Sie haben es verstanden, allen polizeilichen und sonstigen Unterdrückungsmaßnahmen zum Trotz ihre Kämpfe zu führen.

Durch diesen zihen und opfervollen Kampf, der alles andere als „staatsbehändig“ und im „Rahmen der Gesetzlichkeit liegend“ geführt wurde, hat damals die Arbeiterklasse, an Zahl und Einfluß viel schwächer als heute, die Koalitions- und Streikverbote gesprengt und sich das Streikrecht erzwungen. Aus dieser Zeit, aus den Erfahrungen bei den Anfängen ihrer Organisation müssen heute die Gewerkschaft-

ten lernen und die Mitglieder die notwendigen Konsequenzen ziehen. Es ist kein Zweifel, daß, wenn heute die immer noch viele Millionen Arbeiter umfassenden Gewerkschaften den Kampf in dieser Form aufnehmen, keine Regierungsmacht imstande ist, sie auf die Dauer daran zu hindern. Auch der Einwand, daß die große Zahl der Arbeitslosen derartige Kämpfe unmöglich machen wird, ist nicht stichhaltig. Das haben u. a. die vielen Streiks der letzten Zeit schon bewiesen. Je entschlossener und kühner die Gewerkschaften diesen Weg beschreiten, desto schneller wird die Regierung, mag sie heißen, wie sie wolle, zum Rückzug gezwungen. Wenn die Gewerkschaften ihre Existenz aufrechterhalten wollen, dann gibt es keinen andern Weg.

Kampfbereit!

Es ist begreiflich, daß die „Grundstein“-Redaktion diesen Artikel nicht brachte. Aber sie hat unseren Genossen noch mit einem längeren Brief beehrt, dessen wichtigste Stellen wert sind, in der Öffentlichkeit bekannt zu werden. Es heißt da:

„Einige Deiner Äußerungen geben uns Veranlassung, Dir brieflich zu antworten. Du sprichst von dem „Mißbrauch der Verbands-versammlungen und unseres Bundesorgans“. Du müßtest Dir doch denken können, daß die Einstellung der Gewerkschaften zur Partei (der SPD) der realen Überlegung entspringt, wie man der Gewerkschaftsarbeit parlamentarisch-politisch am besten Nachdruck verleiht. Du — weiter Kollege — solltest auch wissen, daß sich diese Einstellung durchaus deckt mit der der Gewerkschaftskongresse. Auch unsere Bundestage haben sich mit der Stellung zur Partei beschäftigt. Der in Frankfurt a. M. tagende hat — ähnlich wie seine Vorgänger — die von Dir kritisierte Einstellung des Bundesvorstandes und des Bundesorgans zur Sozialdemokratie gutgeheißen. Wie man da noch, und besonders angesichts des einstimmigen Beschlusses unseres Frankfurter Bundestages von einem „Mißbrauch des Bundesorgans“ reden kann, ist uns ein Rätsel. (II) ... Würdest Du Deine Beschuldigungen konsequent zu Ende denken, dann müßtest Du sagen, daß SPD und Gewerkschaften auch noch daran schuldig sind, wenn es etwa am 1. Mai regnet, statt daß die Sonne scheint (kolossal geistreich!) ... Es sind eben nur Phrasen, die immer wieder beweisen, daß Du, werter Kollege, in die Dinge noch bei weitem nicht eingedrungen bist ...“

Darauf zu antworten ist um so überflüssiger, als Genosse Lenz das Notwendige schon in seinem Artikel gesagt hat. Für die Gewerkschaftsmitglieder gilt es, immer stärker gegen diesen tatsächlichen Mißbrauch der Gewerkschaften für SPD-Zwecke anzukämpfen.

## Massenentlassungen bei der Reichsbahn

Das Weihnachtsgeschenk der Firma Dorpmüller

Während die Regierungsmänner seit Monaten mit christlichen Phrasen verbrämte Reden über Arbeitsbeschaffung halten und dafür an die Privatunternehmer wie auch an die Reichsbahn Hunderte von Millionen Mark aus der Reichskasse zur Verfügung stellen, wirft die Reichsbahn Tausende von Arbeitern auf die Straße. Bekanntlich hatte die Reichsbahn zum Herbst die Entlassung von 52 000 Reichsbahnunterhaltungsarbeitern ausgesprochen. Der Sturm, der sich dagegen erhob und auch die Tatsache, daß eine derartige Massenentlassung sehr schlecht zu dem berühmten Papen-Programm passen würde, hat die Reichsbahnverwaltung veranlaßt, einen großen Teil der Entlassungen zunächst zurückzustellen. Man hat etwa 35—40 000 der Gekündigten weiter beschäftigt, allerdings meist zu verschlechterten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Jetzt wird bekannt, daß die Reichsbahnverwaltung diese

35—40 000 Mann unmittelbar vor Weihnachten entlassen will.

Es wird erklärt, daß die Weiterbeschäftigung im Oktober nur für wenige Wochen vorgesehen gewesen sei und daß außerdem die damals nicht zur Entlassung gekommenen Arbeiter nicht mehr als Dauerarbeiter, sondern nur noch als Zeitarbeiter zu gelten hätten, die jederzeit entlassen werden können.

In dieser Stellungnahme liegt eine ganz besondere Brutalität der Reichsbahnverwaltung, denn es handelt sich hier um Arbeiter, die größtenteils schon viele Jahre, ja Jahrzehnte bei der Reichsbahn beschäftigt waren. Man hat diese Arbeiter, die sich durch ihre jahrzehntelange Tätigkeit bestimmte Rechte in der Reichsbahn erworben hatten und gar nicht so ohne weiteres hätten entlassen werden können, seinerzeit durch die Drohung, daß sie als ständige Arbeiter abgebaut würden, aber als Zeitarbeiter weiterbeschäftigt werden könnten, gezwungen, einen Revers zu unterschreiben, wonach sie auf ihre Rechte als Dauerarbeiter verzichten und sich mit den Arbeits- und Kündigungsbedingungen für Zeitarbeiter einverstanden erklären.

Diese Arbeiter, die in dem guten Glauben

auf diese Art wenigstens eine Beschäftigung zu behalten, auf ihre Rechte verzichteten, werden jetzt brutal auf die Straße gesetzt. Das, obwohl ein Arbeitsgerichtsurteil vorliegt, wonach die Erpressung der Reversunterschriften gegen die guten Sitten verstößt und daher rechtsungültig ist.

Die Telegraphenagenturen und die bürgerliche Presse, die monatlang jede einzelne Neueinstellung auf Grund des Papen-Programms triumphierend registrierte, als Beweis der „Ankurbelung der Wirtschaft“, verschweigt jetzt selbstverständlich diese Massenentlassung. Um so energischer muß die gesamte Arbeiterschaft dagegen Protest erheben und alles einsetzen, um diese Entlassungen zu verhindern.

In Verhandlungen mit den Eisenbahnver-bänden ist ferner vereinbart worden, daß für die Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten im Dezember die für die Wintermonate vorgesehenen Extrafeierschichten nicht durchgeführt werden. Die „ordentlichen“ zwei Feierschichten im Monat bleiben aber auch für Dezember. Im übrigen ist dieses Zugeständnis an die Werkstättenarbeiter ein sehr mageres Weihnachtsgeschenk, denn sie arbeiten ohnedies nur 40 Stunden in der Woche bei so niedrigen Löhnen, daß sie kaum leben können. Dieses Feierschichtensystem der Reichsbahn ist um so ungeheuerlicher, als für andere Eisenbahnerkategorien nach wie vor eine wöchentliche Arbeitszeit bis zu 57 Stunden pro Woche besteht.

## Zwickau-Crimmitschau

Der Kursus mit Genossen Paul Frölich findet nun bestimmt am 17. u. 18. Dezember statt. Thema: „Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution“. Die Kursuszeit ist Sonnabend von 19.30—22 Uhr und am Sonntag von 9—12 Uhr und 14.30—18 Uhr. Der Teilnehmerbetrag ist 20 u. 30 Pfg.

Genossinnen und Genossen, meldet schon jetzt bei der Ortsgruppenvorsitzenden Eure Teilnahme. Lokal wird noch bekanntgegeben.

Die Unterbezirksleitung.

## Holzarbeiter-Versammlung in Köln

In der letzten Holzarbeiter-Versammlung hielt der „linke“ SPD-Genosse Dr. Bernd Hoffmann einen Vortrag über das Thema: „Kann die Wirtschaft wieder gesunden?“ Wie nicht anders zu erwarten, machte dieser „linke Dr.“ in revolutionären Phrasen, Großfugig verkündete er das „Sofortprogramm“ der SPD und des ADGB, „das ja bekanntlich weder Fleisch noch Fisch ist.“

An der Aussprache beteiligten sich 3 SAP-Genossen, die in grundsätzlichen Ausführungen gegen das ADGB-Programm Stellung nahmen und dem Referenten unser Arbeitsbeschaffungsprogramm entgegenhielten. Sie stellten sämtliche Halboheiten der „sozialistischen Aktion“ bloß und wiesen darauf hin, daß im Rahmen der kapitalistischen Staaten eine sozialistische Planwirtschaft nicht möglich sei. Die Ausführungen unserer Genossen wurden von den Kollegen mit großem Interesse verfolgt. Das Schlußwort des Referenten war sehr lendenlamm und stärkte uns in unserem Glauben, daß wir auf dem rechten Wege sind.

Anschließend machte der Bevollmächtigte der Ortsverwaltung, Kollege Kersten, einige Ausführungen über den gekündigten Reichsmantel- und Lohntarif mit der Forderung von 20 Prozent Lohnabbau.

Auch zu diesem Punkt sprach einer unserer Genossen und wies darauf hin, daß endlich einmal durch entschlossene Kampfmaßnahmen mit dem Lohnraub Schluss gemacht werden müsse, da ein weiterer Lohnabbau nicht mehr tragbar sei.

Ein trauriges Kapitel für die reformistische Bürokratie war folgendes: Ein SAP-Genosse brachte eine Protest-Entscheidung gegen das Chemnitzer Schwurgerichts-Urteil gegen den Klassengenossen Bartl ein, in welcher mit aller Entschiedenheit die Aufhebung des Todesurteils gegen den Arbeiter Bartl gefordert wurde.

Kurz zuvor wurde eine Resolution gegen das Verbot der „Rheinischen Zeitung“ mit der Abänderung: statt „Rheinische Zeitung“ — Arbeiterpresse — einstimmig angenommen. Nun erklärte man plötzlich am Vorstandstisch, daß die Geschäftsordnung eine Abstimmung über die Protest-Entscheidung nicht zuließe. Man bekam also auf einmal — obgleich hier das Leben eines Leidensgenossen auf dem Spiele steht — formale Bedenken.

Kersten ist gleichzeitig Beiratsmitglied des DfV, und man rühmte ihm immerhin noch nach, daß er noch so etwas wie humanitäres und solidaritäres Empfinden hätte. Aber ach! Weit gefehlt! Nichts von alledem. Ebenfalls der so „klassenkämpferische“ linke Dr. Hoffmann fand auch nicht ein einziges Wort des Protestes gegen dieses unglückliche Verhalten des Versammlungsleiters Jappens, welcher kurzerhand die Versammlung schloß.

Wir rufen den Kölner Kollegen und darüber hinaus den Kollegen im Reich zu, merkt Euch das — und handelt danach!

## Holzarbeiterstreik in Halle

In Halle hat der Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe seine Mitglieder angewiesen, die ohnehin schon auf 114 auf 86 Pfg. reduzierten Stundenlöhne für Bau- und Möbeltischler um weitere 6 Pfg. zu kürzen. Die Holzarbeiter lehnten diese Zumutung ab. Daraufhin wurden sie ausgesperrt. Ein Teil der Unternehmer zahlt jedoch die Löhne in der bisherigen Höhe weiter. Einigungsverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß scheiterten, weil die Unternehmer auf ihrem Standpunkt beharrten. Der Kampf wird in verschärfter Form weitergeführt.

Seit Donnerstag streiken in Halle auch die Kraftdroschenführer. Ihnen sollte der Garantie-Schichtlohn von 3.— Mk. auf 2.50 Mk. herabgesetzt werden. Das wurde vom größten Teil der Chauffeure mit der Arbeitsniederlegung beantwortet.

## Erfolgreiche Streikdrohung der Eisenbahner in Irland

Dublin, 12. Dezember.

WTB. Die Gefahr eines Eisenbahnerstreiks, der Sonntag um 24 Uhr beginnen sollte, ist beseitigt. Die zehnzehnten Lohnkürzungen sind bis zum 30. April 1933 zurückgestellt. Die Regierung wird die Eisenbahngesellschaften entschädigen, denen nunmehr die Ersparnisse am Lohnkonto entgegen.

Für die Eisenbahner ist entscheidend, daß der geplante Lohnraub verhindert wurde und zwar dank der kampfbereiten Haltung der Eisenbahner selbst.

## Abermals Sprengung von Notschächten

Kattowitz, 12. Dezember.

Bei Lipine wurden von der Polizei wiederum etwa 40 Notschächte in die Luft gesprengt. Die dadurch von ihrer Arbeitsstätte vertriebenen Erwerbslosen wohnten der Sprengung bei. Zu Zwischenfällen kam es jedoch nicht. Das in Frage kommende Gelände wird jetzt von einigen Polizisten bewacht, um die Ausflutung neuer Notschächte zu verhindern.

## Streik in spanischer Provinz

Salamanca, 12. Dezember.

In der spanischen Universitätsstadt Salamanca ist der Generalstreik erklärt worden. Der Streik hat sich auf die ganze Provinz Salamanca ausgedehnt. In 200 Ortschaften wird gestreikt.